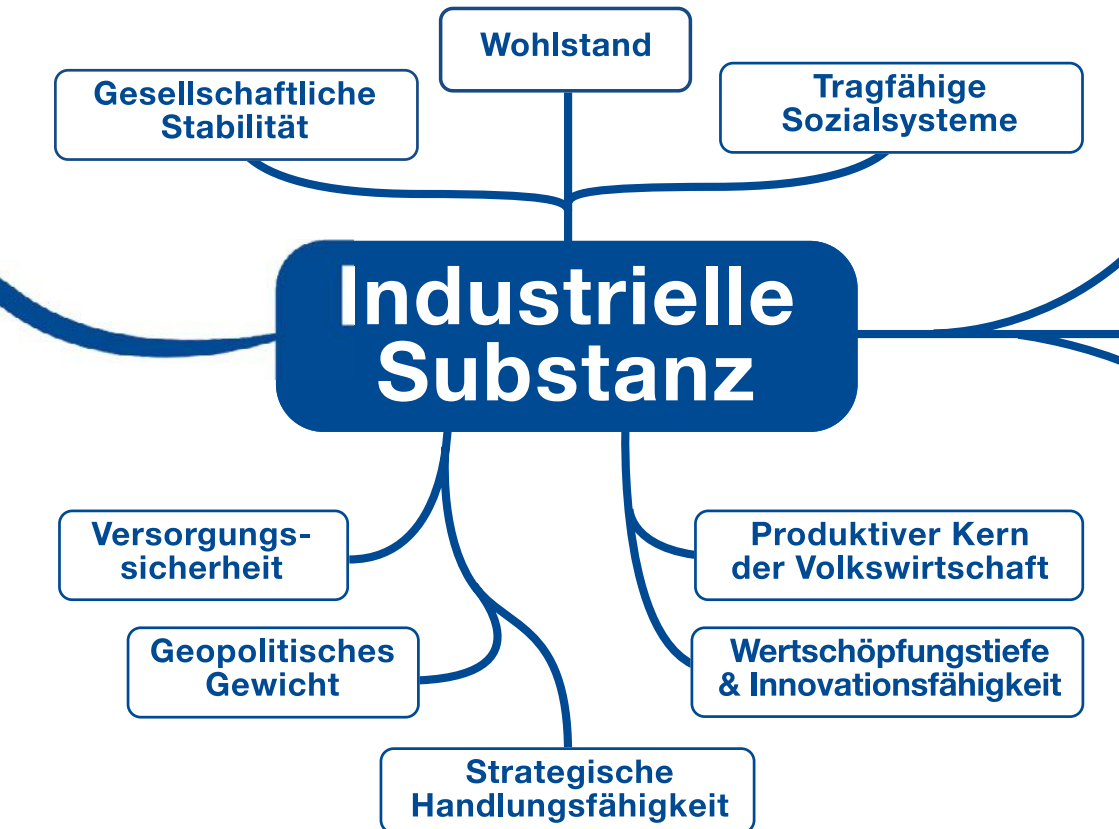
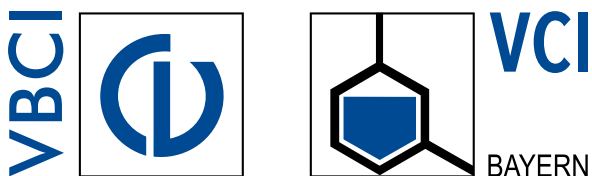


JAHRESBERICHT 2026





Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2025/2026

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands	4
Vorwort Dr. Markus Born, Hauptgeschäftsführer und Vorstand	8
#MissionSubstanzerhalt	12
Aus der Arbeit des VBCI	30
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern	36
Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise, Expertenkreise, Expertendialoge.	44
Gremienmitglieder	46
Wirtschaftliche Lage und Statistiken.	48
Team der Bayerischen Chemieverbände.	54

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf das Gendern verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Decline was a choice.“ Der Niedergang war eine Entscheidung. Ein Gedanke, der im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise formuliert wurde. Er bringt zum Ausdruck: Wirtschaftliche Entwicklung verläuft nicht schicksalhaft, sondern wird maßgeblich durch politische Weichenstellungen geprägt. Dieser Gedanke findet sich aktuell auch im Diskurs zur globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas wieder. Sei es Verteidigungsfähigkeit, Energiepolitik, Deindustrialisierung oder sein politisches Gewicht insgesamt –

Europa scheint im Wettbewerb der Weltregionen zunehmend Anschluss zu verlieren. Warum ist das so und wo liegt die Lösung? Einen wesentlichen Teil der Antwort finde ich in dem Satz: „Decline was a choice.“

» WIR HABEN DEN PRODUKTIVEN KERN UNSERER VOLKSWIRTSCHAFT LANGE ZEIT VERNACHLÄSSIGT.«

Denn die strukturellen Schwächen, die wir heute in Deutschland und Europa erleben, sind eben nicht allein Ergebnis äußerer Schocks vergangener Jahre – von Finanzkrise über Corona bis hin zum Ukrainekrieg und weiteren Konflikten in der Welt. Sie sind auch Folge politischer Rahmensetzung und nicht getroffener Korrekturen. Die Stärkung des produktiven Kerns unserer Volkswirtschaft stand lange Zeit nicht im Fokus der politischen und gesellschaftlichen Debatte.

Das zeigen auch die wirtschaftlichen Daten der Chemiebranche in Deutschland. Nach den massiven Produktionseinbrüchen der vergangenen Jahre hat sich das Produktionsniveau 2025 in etwa auf dem Niveau der frühen 1990er Jahre eingependelt. Insbesondere in energieintensiven Bereichen ist viel Wertschöpfung dauerhaft verloren gegangen. Vielerorts wird dieses abgesenkte Niveau bereits als „New Normal“ betrachtet. Zahlreiche Unternehmen reagieren darauf mit entsprechenden Strukturanpassungen und Kostensenkungen.

Zugleich bleibt der Druck unverändert hoch, die Lage angespannt: Handelshürden werden hochgezogen, neue Wettbewerber drängen auf den Markt und geopolitische Konflikte sorgen weiterhin für erhebliche Unsicherheit, was Absatz, Energiepreise und Lieferketten angeht. Von daher ist es fraglich, ob wir wirklich schon das „New Normal“ erreicht haben.

» DIE EROSION UNSERER INDUSTRIE MUSS GESTOPPT UND WIEDER INS POSITIVE GEDREHT WERDEN.«

Wo industrielle Substanz erodiert, gehen langfristig nicht nur wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern vor allem auch Wohlstand sowie strategische und gesellschaftliche Handlungsspielräume verloren. Deshalb muss die Erosion unserer Industrie nicht nur gestoppt, sondern wieder ins Positive gedreht werden. Kurzum: Wir brauchen Wachstum. Wir brauchen Innovationen. Damit diese bestmöglich gedeihen, brauchen wir wiederum ein entsprechendes Ökosystem, eine intakte industrielle Substanz mit geschlossenen Wertschöpfungsketten. Was muss passieren, damit dieser Kreislauf wieder in Bewegung kommt?

Erstens: Wir benötigen zwingend international wettbewerbsfähige Energie- bzw. Strompreise. Ich werde nicht müde, das zu betonen. Denn günstige Energie in ausreichendem Maße ist nicht nur Lebenselixier unserer Branche, sondern generell unabdingbare Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Zudem ist sie Basis für die klimaneutrale Transformation.

» WORAUF ES JETZT ANKOMMT: ENERGIEPREISE, REGULIERUNGSRÜCKBAU, SOZIALREFORMEN«

Zweitens benötigen wir einen Perspektivwechsel. Europa ist keine Insel. Transformation darf den globalen Wettbewerb nicht einseitig verzerren, sondern kann nur im weltweiten Kontext gelingen. Statt Regulierung und Detailsteuerung sollte Transformation in Europa über attraktive Rahmenbedingungen und Investitionsanreize erfolgen. Kurzum: Wir müssen die Transformation zum Business Case machen.

Drittens benötigen wir eine generelle Überprüfung von Regelungen, Vorgaben und Verfahren – einschließlich der Anzahl und dem Umfang an staatlichen Institutionen, die diese kontinuierlich neu schaffen. Der vielfach an-

gekündigte Bürokratieabbau kommt in der strukturellen Behäbigkeit eines Systems vieler Institutionen, Zuständigkeiten und Ebenen noch immer nicht vom Fleck – eine Art systemischer Lock-in-Effekt.

Viertens müssen unsere sozialen Sicherungssysteme wieder finanzierbar und damit zukunftsfest aufgestellt werden. So wurden demografische Realitäten über lange Zeit ignoriert. Hinzu kamen wachsende Leistungsversprechen und eine ausgeprägte Absicherungsmentalität, wodurch die Systeme insgesamt an den Rand des Zusammenbruchs geführt wurden.

» WIR BRAUCHEN EINEN TIEFGREIFENDEN BEFREIUNGSSCHLAG.«

Zur Bewältigung all dieser Herausforderungen reichen kleinteilige Lösungen nicht mehr aus. Wir brauchen vielmehr einen tiefgreifenden Befreiungsschlag mit klaren Prioritäten und konsequenten Reformen – ohne zusätzliche strukturelle Belastung für Arbeit, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Ebenso eine Regulierung mit Augenmaß, den Mut zum Rückbau und zur Rahmensetzung. Ein Innovationsprinzip, das Chancen ermöglicht, statt Risikoaversion zu belohnen. Vor allem benötigen wir aber auch den festen Willen, diese Reformen anzugehen, selbst wenn sie politisch anspruchsvoll sind.

Die gute Nachricht: Die Notwendigkeit für Reformen ist weitgehend erkannt. Es mangelt also nicht grundsätzlich an der Erkenntnis, sondern an allseits akzeptierten Vorschlägen und an der Umsetzung. In der Vergangenheit folgten auf massive wirtschaftliche Verwerfungen häufig klare ordnungspolitische Neuausrichtungen. Bisher bleibt der notwendige politische und institutionelle Anpassungsschub hinter der Dimension der Herausforderungen noch deutlich zurück. Übergangslösungen und vertagte Entscheidungen prägen das Bild.

» ERNEUERUNG IST AUCH EINE ENTSCHEIDUNG.«

Vor diesem Hintergrund erhält der eingangs zitierte Gedanke „*Decline was a choice*“ eine neue, konstruktive Bedeutung – nicht als Rückblick, Dystopie oder politische Zuschreibung, sondern als Aufruf zur aktiven Gestaltung. Wenn Fehlentwicklungen nicht alternativlos waren, dann gilt auch: Erneuerung ist möglich – die Politik kann etwas ändern.

Als weiterhin drittgrößte Volkswirtschaft verfügt Deutschland über starke Voraussetzungen: leistungsfähige industrielle Akteure, einen innovativen Mittelstand, qualifizierte Fachkräfte sowie technologische Kompetenz und Ideenreichtum. Wettbewerbsfähigkeit entsteht dort, wo diese industrielle Substanz bewusst in den Mittelpunkt gerückt und strategisch weiterentwickelt wird. Hier setzt Gestaltung an – und hier liegt eine echte Chance für einen positiven Aufbruch.

Mit diesem Jahresbericht möchten die Bayerischen Chemieverbände einen Beitrag zu dieser Debatte leisten: nicht dystopisch, sondern realistisch und gewohnt deutlich – und klar nach vorn gerichtet. Unsere Analysen und Positionen sollen dazu beitragen, den Schritt von der Diagnose zur Gestaltung zu gehen. Wenn daraus Impulse entstehen, Prioritäten neu zu setzen und Entscheidungen vorzubereiten, ist viel gewonnen.

Wenn der gegenwärtige Zustand Ergebnis von Entscheidungen ist, gilt dies auch andersherum für Erneuerung und Wachstum. Mit anderen Worten: „Rise is also a choice, and – it is my preferred choice!“



Ihr Christian Hartel
Vorsitzender



Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Bayerischen Chemieverbände werden heuer 80 Jahre alt. Im November 1945 erteilte der damalige bayerische Wirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard die Bestätigung zur Gründung einer wirtschaftlichen Vereinigung der chemischen Industrie. Am 09. August 1946 gründeten dann 250 Firmen im Großen Saal des Münchner Rathauses den Chemieverein, damals noch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband in einem. 1965 erfolgte die „Ausgründung“ der wirtschaftspolitischen Interessenvertretung in den VCI-Landesverband Bayern.

Zu Beginn als Chemieverein und seit 1965 als Bayerische Chemieverbände (VBCI/„Verein“ und VCI Bayern/„Verband“) vertreten wir die Interessen der bayerischen Chemie- und Pharmabranche gegenüber der Politik, der Öffentlichkeit und natürlich gegenüber der IGBCE, unserem Sozialpartner.

» DIE BAYERISCHEN CHEMIEVERBÄNDE WERDEN HEUER 80 JAHRE ALT.«

Und wir sehen uns – also die Geschäftsstelle und die Mitgliedsunternehmen – wirklich als *Verband*. Wir *verbinden* die Leiter, Lenker und Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen miteinander, bieten Gelegenheit, voneinander zu lernen, wir informieren unsere Mitglieder über Entwicklungen bei den Rahmenbedingungen, den Gesetzen und Verordnungen, auch schon während diese entstehen. Mit unseren Juristen unterstützen wir die Mitgliedsunternehmen aus der Geschäftsstelle heraus bei einer Vielzahl von arbeitsrechtlichen Fragen. Vor allem aber sind wir auch die Stelle, an der die Branchenmeinung der bayerischen Chemie entsteht – seit 80 Jahren. Hinzu kommt ein weiteres Jubiläum: Seit mittlerweile einem halben Jahrhundert operieren die Chemieverbände aus dem Verbandshaus in der Innstraße 15 in München.

Ein Grund zum Feiern? Naja, es wäre schon ein Grund, aber die Lage der Branche ist wirklich schwierig und wir haben auch überhaupt keine Zeit zu feiern. Vermutlich ist die Lage so ernst wie noch nie seit Erhards Zeiten.

Über 20 % der Produktionsmengen haben wir in den letzten Jahren in andere Regionen verloren. Wir glauben nicht, dass sie bald wieder kommen. Damit sind 30 Jahre Wachstum innerhalb weniger Jahre perdu. Natürlich sind die Kosten bei weitem nicht in gleichem Umfang gesunken. Und auch das regulatorische Umfeld, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, genau wie die Erwartungen unseres Sozialpartners sind weiterhin auf kontinuierliches Wachstum mit Produktivitätsgewinnen eingestellt. Die Produktivität hat aber abgenommen. Vor allem aber sind die Ursachen für diese unschöne Entwicklung nicht beseitigt.

» DIE LAGE IST SO ERNST WIE NOCH NIE!«

Seit vielen Jahren schreiben wir in unserem Jahresbericht auf, wo die Fehler im System liegen und was man machen müsste, um – im Interesse der Gesellschaft und des Landes – bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die Industrie und im Speziellen natürlich für die chemisch-pharmazeutische Industrie zu schaffen.

Auf dem Titelbild unseres letzten Berichts hatten wir es zusammengefasst: Energiepreise senken, Regulierung reduzieren, Steuern senken, Sozialsysteme sichern, Bildung u. Innovation stärken – fünf prioritär zu bearbeitende Aufgaben. Daran hat sich (leider) nichts geändert. Es ist durchaus anzuerkennen, dass sich die Bundesregierung und in Teilen die EU bei einigen der Themen auf den Weg gemacht hat. Aber es geht zu langsam und nicht klar genug in die richtige Richtung. Es kommt ein Industriestrompreis mit zu vielen Wenss und Abers und nur zu 50 % und mit Gegenleistungen, der am Ende so gut wie nichts bringt. Es gibt ein Infrastruktursondervermögen von vielen hundert Milliarden, aber trotzdem sind wichtige Projekte (z.B. die ABS38) offenbar nicht damit finanzierbar und schon sicher geglaubte Stromtrassen stoßen plötzlich auf genehmigungsrechtliche Probleme. Es soll die Verschärfung bei den freien Zuteilungen der ETS-Zertifikate abgemildert werden, aber dann wird es doch nur ein bisschen abgemildert und die Industrie muss – in der jetzigen Situation! – erstmal hohe zusätzliche Kosten stemmen. Vielleicht gibt es noch rückwirkende Korrekturen. Und so weiter! All das macht doch niemanden wettbewerbsfähiger und schafft auch keine Zuversicht bei Unternehmen und Unternehmen. Höhere Zertifikatspreise führen auch nicht zu weniger CO₂-Emissionen, sondern ausschließlich zu Carbon Leakage – also Verlagerung der Produktion in andere Länder,

die diese Abgaben nicht erheben. Und in Summe vermutlich zu höheren CO₂-Emissionen.

Jetzt ist die Zeit, alle Prioritäten auf wirtschaftliche Stärke zu legen und die industrielle Substanz nicht noch weiter zu schwächen, sondern sie mit aller Kraft zu stärken.

»DIE STÄRKUNG DER INDUSTRIELLEN SUBSTANZ MUSS PARTEIÜBERGREIFEND STAATSRÄSON WERDEN.«

Denn die Industrie bzw. die wirtschaftliche Stärke – die wirtschaftliche Substanz – Deutschlands ist nicht allein ein volkswirtschaftlicher Faktor. Es geht um viel mehr. Es geht um Souveränität, um Resilienz, Wohlstand, Versorgungssicherheit, ganz grundsätzlich Sicherheit, um politisches Gewicht in der Welt, damit wir unsere Interessen überhaupt vertreten können. Ein Industrieland ist weit mehr als ein Land mit Industrie. Die Quelle der Stärke steckt aber im Namen: Die Industrie!

Dieses Jahr wollen wir deshalb auf etwas höherer Flugebene beleuchten, worum es eigentlich geht und was alle politischen Kräfte einen sollte, um die wirtschaftliche Substanz nicht noch weiter zu schädigen. Ich wünsche Ihnen schon jetzt eine anregende Lektüre! Und natürlich freuen wir uns auch über Ihr Feedback.

Zugleich geben wir Ihnen mit dem vorliegenden Jahresbericht erneut Einblick in die konkreten Tätigkeiten der Verbände. Sie ahnen es: Angesichts der großen Herausforderungen der Branche bleiben sowohl die thematische Vielfalt als auch die Schlagzahl insgesamt sehr hoch. In den Kapiteln „Aus der Arbeit“ des Arbeitgeberverbands VBCI und des VCI-Landesverbands beleuchten wir die wichtigsten Schlaglichter.

Bei den für unsere Branche relevanten Fragestellungen im Bereich der Sozial-, Tarif- und Wirtschaftspolitik ist es unser Anspruch, die Interessen der Branche mit „gewohnter bayerischer Klarheit“ deutlich zu artikulieren. Hierzu haben wir in den vergangenen Monaten unsere Präsenz im politischen Raum nochmals erhöht. Egal, ob auf Landesparteitagen, bei parlamentarischen Veranstaltungen – erstmals auch mit einer Abendveranstaltung in Berlin – oder in zahlreichen Gesprächen in Bayern, Berlin und Brüssel sowie

vor Ort bei den Mitgliedsunternehmen: Die Bayerische Chemie ist im politischen Dauerdialog und erfährt dabei großen Zuspruch und großes Interesse.

Dies führt mich zu einem herzlichen Dank.

Dieser geht in erster Linie an unsere Mitgliedsunternehmen und deren Vertreterinnen und Vertreter in unseren Gremien und Ausschüssen. Ohne ihr Engagement könnten wir nicht so klar, so fachkundig und so schnell agieren.

Mein Dank gilt auch allen Unterstützern und Dialogpartnern in der Politik sowie in Ministerien und Behörden.

» DANKE ALLEN, DIE MITHELFEN! «

Ich danke insgesamt unserer großen und treuen „Chemiefamilie“ – von den Chemielehrern über die Didaktiker, den Professoren an Universitäten bis hin zu den Kolleginnen und Kollegen im Chemie-Cluster sowie Partnern und Dienstleistern für den Verbandsbetrieb. Genauso danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Schwester-, Mitglieds- und Dachverbänden sowie – last but not least – dem engagierten und echt guten Team im Verbandshaus.

80 Jahre nach der Gründung zeigt sich gerade jetzt deutlicher denn je: Industrielle Stärke ist keine Selbstverständlichkeit – ihr Erhalt und ihre Stärkung sind eine dauerhafte Aufgabe. Ich bin sicher: Dafür werden sich die Bayerischen Chemieverbände auch in den kommenden 80 Jahren einsetzen. Denn die Chemie ist und bleibt die Lösungsindustrie.

Ihr



Dr. Markus Born
Hauptgeschäftsführer

#MissionSubstanzerhalt

Mehr als Output und Kennzahlen: Industrielle Substanz sichert die Tragfähigkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen.



Diese Stärke müssen wir durch die Entscheidungen von heute erhalten.

#MissionSubstanzerhalt

In der wirtschaftspolitischen Debatte wird Industrie häufig über ihre sichtbaren Ergebnisse beschrieben: Beschäftigung, Wertschöpfung, Steueraufkommen und wirtschaftlicher Output. Diese Perspektive ist nicht falsch, greift jedoch zu kurz. Denn sie erklärt kaum, warum Industrie für die Funktionsfähigkeit moderner Volkswirtschaften insgesamt so bedeutsam ist – und weshalb ihr Verlust weit über unmittelbar messbare Kennzahlen hinauswirkt.

»INDUSTRIE IST NICHT NUR WIRTSCHAFTSKRAFT – ENTSCHEIDEND SIND IHRE STRUKTURELLEN WIRKUNGEN.«

Gerade in hochindustrialisierten Ländern galt industrielle Leistungsfähigkeit lange als gegeben. Produktionskapazitäten, Vorleistungen, technisches Know-how und funktionierende Wertschöpfungsketten wurden selten hinterfragt. In vielen reifen Volkswirtschaften setzte der schleichende Verlust industrieller Substanz jedoch bereits vor Jahrzehnten ein – lange bevor jüngere Krisen ihn sichtbar machten. Erst aktuelle Verwerfungen, von der Corona-Pandemie bis hin zu geopolitischen Eskalationen, haben diesen Substanzverlust breiter ins politische Bewusstsein gerückt – inzwischen auch in Deutschland. Industrielle Substanz erweist sich dabei nicht als selbstverständliche Konstante, sondern als Wert, der durch gute Rahmenbedingungen erhalten und kontinuierlich weiterentwickelt werden muss. Die strukturellen Wirkungen industrieller Stärke als Voraussetzung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität lassen sich als Substanzeffekte beschreiben – vordringlich entlang von drei zentralen Wirkungsfeldern: der Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme, der Innovations- und Wertschöpfungsfähigkeit sowie der strategischen Handlungsfähigkeit. Diese prägen langfristig die Richtung wirtschaftlicher Entwicklung: hin zu Stabilität und Handlungsspielräumen oder aber zu Verwundbarkeit und strukturellem Rückzug.

Besonders sichtbar wird der Substanzeffekt im Bereich sozialer Sicherungssysteme. Ihre Tragfähigkeit (Funktionsfähigkeit) ist kein Automatismus. Sie beruht auf langfristig stabiler und produktiver Wertschöpfung. Charakteristisch ist dabei der Zeitverzug: Industrielle Schwächungen wirken nicht sofort, sondern schleichend. Rücklagen und Transfers stabilisieren Systeme zunächst weiter, während die Beitragsbasis (Größe

und Kraft) allmählich schrumpft. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt dieser Zusammenhang weiter an Gewicht. Eine tragfähige industrielle Basis ist also keine Rand-, sondern eine Grundvoraussetzung sozialer Stabilität.

» INNOVATION UND WERTSCHÖPFUNG ENTSTEHEN IN ZUSAMMENHÄNGENDEN INDUSTRIELLEN SYSTEMEN.«

Das zweite zentrale Wirkungsfeld industrieller Substanz liegt in Innovations- und Wertschöpfungssystemen. Industrie ist mehr als die Summe produzierender Standorte. Sie ist ein synergistisches System aus Fähigkeiten, Infrastrukturen, Vorleistungen, Wissen und qualifizierten Beschäftigten. Es entstehen



darin nicht nur Produkte, sondern auch Lernkurven, technologische Tiefe und die Fähigkeit, komplexe Prozesse dauerhaft zu beherrschen. Ein zentraler Substanzeffekt liegt in der Funktionsweise industrieller Innovationsprozessketten – von Forschung und Entwicklung über industrielle Umsetzung bis hin zur Anwendung. Wo

diese Stufen eng verzahnt sind, wird Innovation skalierbar. Eng damit verknüpft ist die Integrität industrieller Wertschöpfungsketten. Der Verlust von Wertschöpfungsstufen lässt sich nicht kurzfristig kompensieren. Ausbildungssysteme, Know-how, Anlagen, Zulieferstrukturen und Investitionszyklen sind nicht beliebig verlagerbar oder skalierbar. In kaum einem Bereich wird diese Bedeutung so klar wie in der Chemie. Basischemikalien stehen am Beginn nahezu aller industriellen Prozesse. Über zahlreiche Weiterverarbeitungsstufen entstehen aus ihnen Endprodukte, die für Wirtschaft und Gesellschaft zentral sind: Medikamente, Werkstoffe, Materialien für Mobilität, Energie und Digitaltechnologien. Sehr häufig bringt der Beitrag der Chemie den entscheidenden Produktvorteil mit sich. Stellt man sich industrielle Wertschöpfung als einen Baum vor, so sind die Basiserzeugnisse der Stamm und versorgen die Verästelungen der Weiterverarbeitung bis in die Anwendungen hinein. Wird dieser Stamm geschwächt oder gekappt, sind nicht nur einzelne Produkte betroffen – die Stabilität des gesamten Systems gerät ins Wanken. Abhängigkeiten in Wertschöpfungsketten verlaufen nämlich nicht nur entlang der Kette, sondern auch parallel dazu.

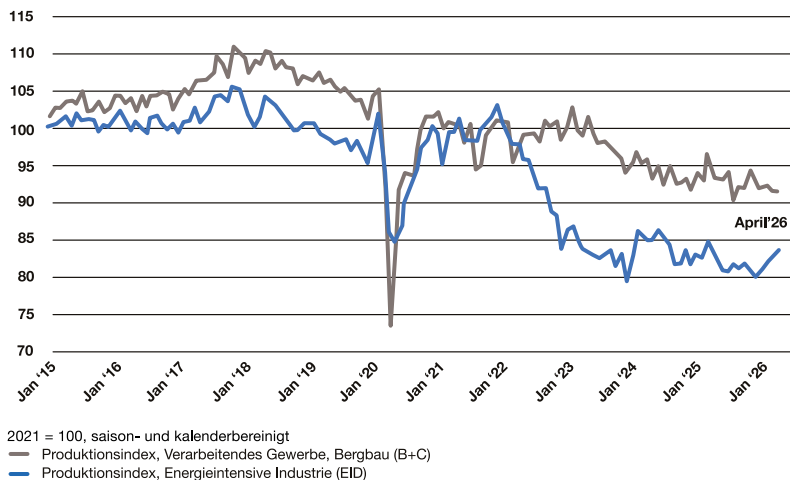
Wertschöpfungsketten sind damit nicht nur ökonomisch relevant, sondern stehen auch für industrielle Resilienz sowie Versorgungssicherheit – und prägen zudem maßgeblich die strategische Handlungsfähigkeit offener Volkswirtschaften.

Im geopolitischen Kontext – das dritte Wirkungsfeld – tritt diese Dimension ganz deutlich zutage. In einer Welt wachsender geoökonomischer Spannungen werden industrielle Abhängigkeiten gezielt genutzt – als Machtressource und Druckmittel. Dies ist kein Plädoyer für Autarkie, macht jedoch deutlich, dass Offenheit nur auf Basis eigener substanzieller Fähigkeiten gestaltbar bleibt.

» DER PRODUKTIVE KERN ENTSCHEIDET ÜBER LANGFRISTIGE HANDLUNGSFÄHIGKEIT!«

All diese Wirkungen verweisen auf den produktiven Kern der Volkswirtschaft insgesamt, zu dem die Industrie einen zentralen Beitrag leistet. Diesen Kern haben wir über lange Zeit sträflich vernachlässigt. Verteilungsfragen, Abschöpfung und Detailregulierung standen im Vordergrund – Rahmensetzung, Ermöglichung und marktliche Steuerung im Schatten. Klimaschutz war z.B. wichtiger als Sicherheit, Beschäftigung und Wohlstand.

Produktionsindex deutsche Industrie



Bleibt jetzt eine klare Neuorientierung trotz massiver exogener Schocks und Wettbewerbsfähigkeitsverlusten aus, verfestigt sich eine Art Übergangszustand – mit der Gefahr, dass ein abgesenktes Niveau zum neuen Gleichgewicht wird.

Die folgenden Kapitel greifen diese Perspektiven auf und vertiefen sie entlang zentraler Politikfelder – von Energie-, Umwelt- und Gesundheitspolitik bis hin zur Sozialpolitik – und zeigen, wie industrielle Substanz erhalten, gestärkt und wieder zum Träger von Fortschritt und Stabilität werden kann.

Energie- und Klimapolitik: Ermöglichen statt nur verteuern



Kaum ein Politikfeld wirkt so unmittelbar auf industrielle Substanz wie die Energie- und Klimapolitik. Energie ist dabei keine Randbedingung industrieller Wertschöpfung, sondern ihre grundlegende Voraussetzung. Kosten, Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Energieversorgung prägen Investitions- und Standortentscheidungen unmittelbar. In den meisten Wertschöpfungsketten stehen energieintensive Prozesse am Anfang. Hohe Energiekosten machen alle Produkte entlang der Wertschöpfungskette teurer und weniger wettbewerbsfähig. Für die energieintensiven Branchen ist die Auswirkung auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsentscheidungen besonders hoch, wie der massive Rückgang des Produktionsindex seit dem Energiepreisschock in 2022 verdeutlicht. Aber die Wirkung trifft die ganze Kette. Energie- und Klimapolitik wird somit zu einem zentralen Hebel für den Erhalt (oder Verlust!) industrieller Basis.

» ENERGIE IST KEINE RANDBEDINGUNG,
SONDERN DIE GRUNDLAGE INDUSTRIELLER WERTSCHÖPFUNG.«

Klimapolitische Steuerungsimpulse – es geht ja immer um CO₂-Emissionen und letztlich Energieversorgung – greifen folglich tief in bestehende industrielle Strukturen ein. Ob sie industrielle Erneuerung ermöglichen oder Substanz schleichend untergraben, entscheidet sich weniger an den formulierten Zielsetzungen als an der Ausgestaltung der Instrumente. In der energie- und klimapolitischen Praxis verdichtet sich diese Frage auf drei Ebenen: die Ausgestaltung des Emissionshandels, die Wettbewerbsfähigkeit der Strompreise und die Gesamtsystemkosteneffizienz des Energiesystems. Der europäische Emissionshandel (ETS I) ist grundsätzlich ein geeignetes

marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument. Seine Wirkung hängt jedoch entscheidend davon ab, ob er Transformationspfade eröffnet oder vor allem Kosten erzeugt. In offenen Volkswirtschaften führt ein steigender CO₂-Druck ohne gleichzeitige Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit nicht zur Transformation, sondern zur Verlagerung von Wertschöpfung.

Ein häufig unterschätzter Aspekt ist, dass CO₂-arme oder CO₂-neutrale Produkte gegenüber fossil hergestellten Produkten in der Regel keine funktionalen Vorteile bieten. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hängt daher entscheidend davon ab, ob sie zu international konkurrenzfähigen Kosten hergestellt und angeboten werden können. Diese Konkurrenzfähigkeit entsteht nicht „automatisch“ durch steigende CO₂-Preise (ganz im Gegenteil), sondern durch einen ETS-Rahmen, der Transformationspfade eröffnet und Investitionen absichert, dabei aber die internationalen Wettbewerbsbedingungen nicht ausblendet, sondern angemessen berücksichtigt. Dazu gehören ausreichende freie Zuteilungen von Emissionsberechtigungen, ein verlässlicher, aber realistischer zeitlicher Horizont und eine konsistente Anbindung an das internationale, zumindest aber an das europäische Klimaziel. Fehlen diese Elemente, verliert der ETS I seine Funktion als Transformationsinstrument und wird zum reinen Kostentreiber – mit entsprechend negativen Effekten auf industrielle Substanz entlang der Wertschöpfungsketten.

» DER ETS I WIRKT NUR DANN TRANSFORMATORISCH, WENN ER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERT!«

Wie konkret diese Risiken sind, zeigt sich besonders deutlich bei Steamcrackern. Diese Anlagen stehen unmittelbar nach den Raffinerien am Anfang der chemischen Wertschöpfung und bilden die Rohstoffbasis zahlreicher nachgelagerter Industrien. Aktuell stehen sie unter einem dreifachen strukturellen Druck: durch hohe Gaspreise, steigende CO₂-Kosten im Rahmen des ETS I und – insbesondere in Deutschland – dauerhaft nicht wettbewerbsfähige Strompreise. Diese Dreifachbelastung wirkt nicht konjunkturrell, sondern strukturell und betrifft einen zentralen Pfeiler der Rohstoffversorgung am Beginn industrieller Wertschöpfung.

Gleichzeitig wird der Strompreis zum zentralen Engpass der Transformation. Elektrifizierung als Schlüssel klimaneutraler Prozesse ist nur dann realistisch, wenn Stromkosten international wettbewerbsfähig sind. Fehlt diese Voraussetzung, ist Transformation betriebswirtschaftlich nicht tragfähig.

Der vehemente Einsatz für wettbewerbsfähige Strompreise ist daher kein bloßer Kostensenkungsappell, sondern entscheidend für das Gelingen der Transformation. Die angekündigte Einführung eines Industriestrompreises wird diesen Anspruch allerdings kaum einlösen. Der EU-Beihilferahmen begrenzt die Wirksamkeit von vornherein so stark, dass der Effekt gerade bei stark stromintensiven Prozessen kaum ankommt. Damit bleibt eine Kernvoraussetzung für die industrielle Transformation unerfüllt.

» ELEKTRIFIZIERUNG SCHEITERT AN DAUERHAFT NICHT WETTBEWERBSFÄHIGEN STROMPREISEN!«

Energie- und Klimapolitik darf deshalb nicht isoliert an Einzelzielen oder einzelnen Technologien ausgerichtet werden. Maßgeblich ist der Beitrag zur Erhaltung und Erneuerung industrieller Substanz. Kosteneffizienz, funktionierende Marktmechanismen und ein verlässlicher Ordnungsrahmen dürfen keine nachgeordneten Optimierungskriterien sein. Sie sind zentrale Voraussetzungen einer erfolgreichen Erneuerung.

Maßstab energie- und klimapolitischer Entscheidungen müssen daher die Systemkosten sein. Eine realistische Einordnung – wie zuletzt auch von der Bundeswirtschaftsministerin ausdrücklich eingefordert – ist folgerichtig und dringend erforderlich. „Koste-es-was-es-wolle“-Ansätze ebenso wie vereinfachende Narrative und verteilungspolitisch aufgeladene Gegensätze zwischen „fossil“ und „nicht fossil“ greifen zu kurz. Sie verstellen den Blick auf die tatsächlichen Anforderungen eines Energiesystems in einem hochindustrialisierten Land. Auch der Ausbau erneuerbarer Energien ist kein Selbstzweck – Maßstab muss auch hier Kosteneffizienz und Sicherung einer bezahlbaren, verlässlichen Energieversorgung sein. Es geht also nicht um die installierte Leistung einzelner Technologien, sondern die Fähigkeit des Gesamtsystems, industrielle Wertschöpfung dauerhaft zu tragen.

» MASSSTAB DER ENERGIEWENDE MÜSSEN DIE SYSTEMKOSTEN SEIN – KEINE IDEOLOGISCHEN NARRATIVE!«

Damit schließt sich der Kreis der Substanzeffekte: Energie- und Klimapolitik ist dann erfolgreich, wenn sie industrielle Substanz nicht unter Druck setzt, sondern ihre Erneuerung ermöglicht – und so Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und gesellschaftliche Stabilität sichert.

Umweltregulierung: Substanzlähmung beenden

Ein weiterer zentraler Hebel für Erhalt oder Verlust industrieller Substanz liegt in der Umweltregulierung – insbesondere dort, wo sie praktische Umsetzbarkeit verdrängt. Ein entscheidender Denkfehler besteht in der Annahme, Transformation und Erneuerung lasse sich herbeiregulieren. An die Stelle ermöglichender Rahmenbedingungen treten kleinteilige Vorgaben/Verbote, Detailsteuerung und ein immer dichteres Geflecht aus Einzelregelungen. Statt Zielkonflikte offen zu benennen, abzuwägen und politisch aufzulösen, werden sie durch zusätzliche Regulierung überdeckt. Das Ergebnis: wachsende Komplexität, sinkende Planbarkeit und zunehmende Investitionsunsicherheit.

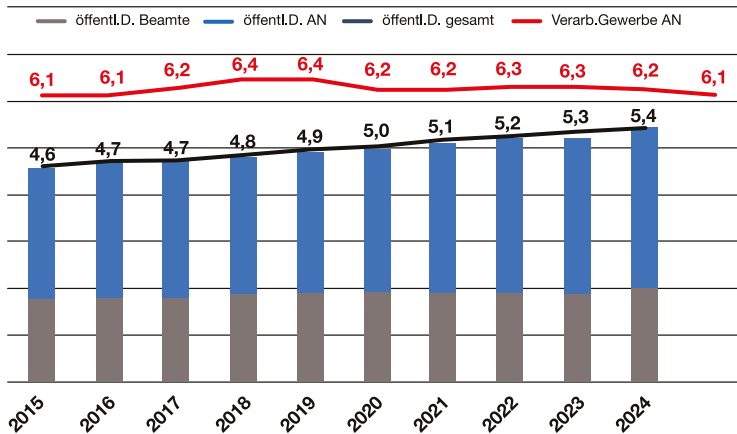
» REGULIERUNGSMEHLTAU LÄHMT DEN PRODUKTIVEN TEIL DER VOLKSWIRTSCHAFT – STILLSTAND STATT ERNEUERUNG.«

Diese Entwicklung verweist auf grundlegende Governance-Probleme moderner Regulierungssysteme, die von einer steuerungsbezogenen Staatsgläubigkeit geprägt sind. Regelsetzung folgt dabei einer eigenen Dynamik, während Umsetzbarkeit und Wirkung in den Hintergrund treten. Wo Zielkonflikte nicht entschieden werden, entsteht eine selbstverstärkende Regulierungslogik – entkoppelt von praktischen Wirkungen. Darüber hinaus führt die Ressortaufteilung der Themen (Umweltressort regelt Umwelt, Gesundheitsressort regelt Gesundheitswesen, etc.) dazu, dass übergeordnete Zielkonflikte (PFAS-Regulierung oder GKV-Finzen) meist nur einseitig bewertet werden.

Daraus ergibt sich ein kumulativer Effekt. Statt klarer Steuerungsimpulse legt sich schichtweise ein Regulierungsmehltau über den produktiven Teil der Volkswirtschaft. Einzelregelungen mögen für sich genommen jeweils begründbar erscheinen; in ihrer Gesamtwirkung sind sie jedoch geradezu lähmend. Produktive Wertschöpfung wird durch ein dichtes Netz aus Auflagen, Anzeige- und Berichtspflichten sowie komplexen Genehmigungsanforderungen gebunden – in Teilen sogar verhindert.

Diese Logik materialisiert sich auch in der Allokation staatlicher Kapazitäten. In Deutschland arbeiteten 2024 rund 5,4 Millionen Menschen im Öffentlichen Dienst – ein Anstieg von rund 15 % seit 2015. Im gleichen Zeitraum sind die Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe stagniert – und aktuell deutlich rückläufig. Bund, Länder und Kommunen haben derweil jährlich Ausgaben in einer Größenordnung von rund 300 Mrd. EUR für Personal.

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst und Verarbeitenden Gewerbe in Millionen



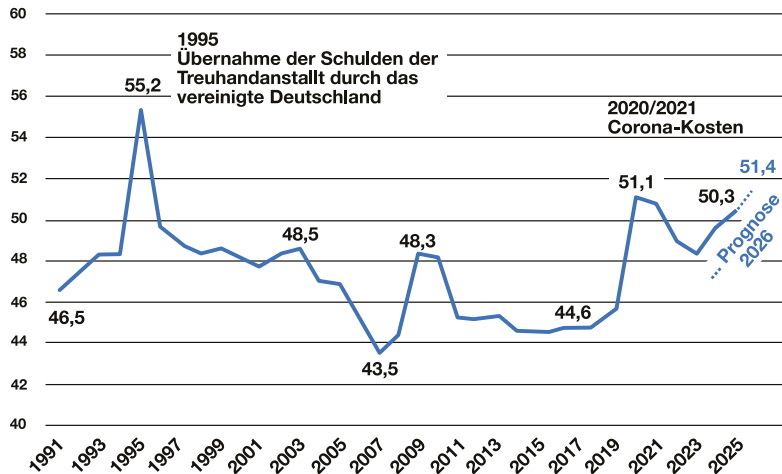
Quelle: destatis.de, Chemdata, (Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Betriebe 20+), Grafik: Bayerische Chemieverbände

Diese Zahlen sind kein Vorwurf an die Beschäftigten und keine Frage bloßer Größenordnungen. Entscheidend ist vielmehr die funktionale Ausrichtung staatlichen Handelns. Während Regelsetzung, Detailvorgaben und Dokumentationspflichten stetig zunehmen, bleiben Genehmigungspraxis, Vollzug und pragmatische Umsetzung vielfach unterausgestattet. Der Aufwuchs administrativer Strukturen ist damit weniger Ursache als Folge einer Regulierungslogik, die Steuerung durch Schaffung neuer Regulierung ersetzt. Eine immer weiter zunehmende staatliche Steuerung drückt sich auch mittlerweile in einer Staatsquote aus, die in 2025 nach den Coronakosten erstmals die 50%-Marke überschritten hat – Tendenz steigend.

Auf europäischer Ebene – maximal vollzugsfern – wird dies zusätzlich verstärkt. Das institutionelle Design der europäischen Regulierung trennt in vielen Bereichen die Erarbeitung und Ausdifferenzierung von Regelwerken von deren praktischer Umsetzung und Wirkungsprüfung. Während europäische Behörden und Agenturen (oft leider losgelöst von jeglicher politischen Kontrolle) detaillierte Vorgaben entwickeln, verbleiben Vollzug, Anwendung und Ergebniskontrolle weitgehend bei den Mitgliedstaaten. Und es gibt kaum eine regulierende Rückkopplung.

Instrumente wie der Industrial Accelerator Act, Net-Zero Industry Act, Chips Act, usw. versuchen, Umsetzungsprobleme punktuell durch meist dirigistische Sonder- und Beschleunigungsregime zu kompensieren, ohne die zugrunde liegende Regulierungslogik selbst zu verändern. Damit werden strukturelle Probleme lediglich umgangen – meist ohne spürbaren Effekt.

Staatsquote in Prozent



Quelle: destatis.de (Quotient Staatsausgaben und BIP), Grafik: Bayerische Chemieverbände
Prognose 2026: Pioneer/Finanzministerium

Wie sich diese Regulierungslogik auswirkt, zeigt sich exemplarisch im Chemikalienrecht. So werden im Rahmen der geplanten Beschränkung von PFAS nun noch weitergehende regulatorische Verschärfungen diskutiert, ohne dass Kosten, Umsetzbarkeit, Proportionalität oder gesamtwirtschaftliche Wirkungen (Stichwort: Substanz!) belastbar quantifiziert werden können.

» ECHOKAMMERN, FEHLENDE RÜCKKOPPLUNG UND MANGELNDES CONTROLLING STABILISIEREN SELBSTERHALTENDE STRUKTUREN.«

Auch die drohende Einstufung von Ethanol als CMR-Stoff verdeutlicht die Grenzen abstrakter Regulationslogik: Während Ethanol weiterhin zentraler Bestandteil wirksamer Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte ist, würde eine Einstufung und deren regula-



torische Folgerungen zu schwer vermittelbaren Inkonsistenzen und kaum praktikablen Substitutionsanforderungen in industriellen Anwendungen führen. Etwas plakativ ausgedrückt: Während im Biergarten Ethanol-Mischungen in Maßkrügen konsumiert werden können, gilt beim Infektionsschutz dann ein Substitutionsgebot. Diese Beispiele sind keine Einzelfälle, sondern stehen für ein strukturelles Muster regulatorischer Übersteuerung – und die Liste ließe sich noch lange fortsetzen (Wasserrahmenrichtlinie, Umweltqualitätsrichtlinie, Industrieemissionsrichtlinie, Luftqualitätsrichtlinie, usw). Trotz fundierter und kundiger Analysen, etwa durch die Draghi- und Letta-Berichte, ist es bislang nicht im Ansatz geglückt, diese Fehlentwicklung konsequent zu korrigieren. Man kann den Eindruck haben, es wird gar nicht wirklich versucht.

Vor diesem Hintergrund bleibt klassischer Bürokratieabbau häufig wirkungslos. Punktuelle Entlastungen oder Omnibus-Initiativen drehen an einzelnen Stellschrauben, ändern jedoch die zugrunde liegende Logik nicht. Notwendig ist ein Perspektivwechsel hin zu ergebnisorientierter Regulierung. Praktische Umsetzbarkeit darf kein nachgelagerter Prüfstein sein, sondern muss Ausgangspunkt regulatorischer Gestaltung werden. Zielkonflikte sind offen zu benennen, Regelwirkungen systematisch zu evaluieren und bei Bedarf abzuschaffen und Verantwortlichkeiten sind klar zuzuordnen. Und es muss auch eine ernsthafte Diskussion darüber geben, wo staatliche, primär regulierungsschaffende Ressourcen abgebaut werden müssen.

Nur wenn Umweltregulierung wieder verhältnismäßig, evidenzbasiert und ermöglichend ausgestaltet wird, kann sie ihren Beitrag leisten: nicht zur schleichenden Erosion, sondern zur Erneuerung industrieller Substanz – und damit zu hohen Umweltstandards bei gleichzeitiger Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit.

Gesundheitspolitik: Substanz sichern, Versorgung nicht verschlechtern

Die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer starken industriellen Basis. Versorgungssicherheit und medizinischer Fortschritt hängen direkt davon ab, wo geforscht, produziert und investiert wird. Ohne tragfähige industrielle Strukturen – von der Forschung bis zur Wirkstoffproduktion – lassen sich weder Innovationen hervorbringen noch Medikamente zuverlässig bereitstellen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie schnell Versorgung unter Druck geraten kann. Engpässe sind keine Ausnahmen, sondern Ergebnis struktureller, hausgemachter Fehlentwicklungen: Produktionsverlagerung in kostengünstigere Drittländer, konzentrierte Lieferketten und entsprechende Abhängigkeiten. Dies trifft insbesondere den Generikamarkt, wo die Preisschraube inzwischen ganz eindeutig zu eng angezogen wurde und weitere Regulierungen dies noch zu verschärfen drohen bzw. sogar in den Kollaps führen können (Stichwort „Kommunale Abwasserrichtlinie“).

Unzureichende Innovationsanreize, komplexe Genehmigungsverfahren, vergleichsweise langwierige Prozesse in der klinischen Forschung und das geplante GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz tun ihr Übriges, um auch Innovation und Investition bei den innovativen Arzneimitteln zu gefährden. Vergessen wird dabei, dass Versorgungssicherheit nicht kurzfristig entsteht, sondern dort, wo industrielle Kapazitäten dauerhaft vorhanden sind – und wo Standortbedingungen Investitionen (auch in Forschung) und Marktzugang tragen.

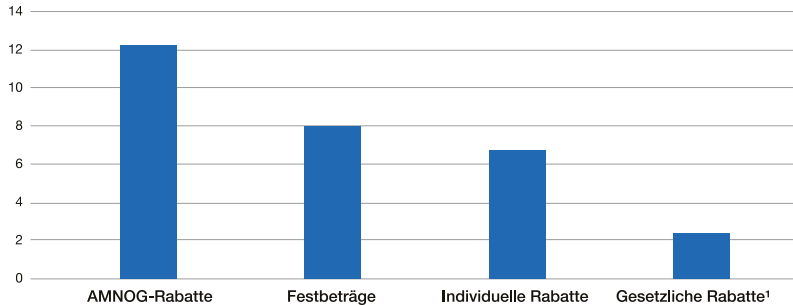
» VERSORGUNGSSICHERHEIT IST AUCH EINE FRAGE DER STANDORTATTRAKTIVITÄT.«

Das derzeitige geo- und handelspolitische Spannungsfeld birgt gerade mit Blick auf den medizinischen Fortschritt zusätzliche Risiken: Internationale Referenzmechanismen wie die MFN-Regel der USA beeinflussen durch Bezug auf den deutschen Preis Markteintrittsstrategien globaler Unternehmen. Damit wächst das Risiko, dass Innovationen nur verzögert oder – womöglich – gar nicht mehr verfügbar werden.

Gesundheitspolitik wird somit zur Standortpolitik. Preis- und Erstattungssysteme, Regulierung und Marktzugang entscheiden darüber, wo investiert wird und wo Arzneimittel auf den Markt kommen. Genau hier liegt das Spannungsfeld: kurzfristige Kostendämpfung versus langfristige Sicherung von medizinischem Fortschritt und Versorgung. Aktuell droht diese Balance zu kippen. Denn Pharma wird politisch zu häufig einzig als Kostenfaktor betrachtet – und als bequemer Ansatzpunkt, um wählerschonend und administrativ simpel Einsparungen zu erwirken. Dies wird im geplanten GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz überdeutlich. Hier soll die Pharmaindustrie u.a. mit zusätzlichen Herstellerrabatten für innovative, patentgeschützte Arzneimittel und Impfstoffe zusätzlich zur Kasse gebeten werden – dabei leistet die pharmazeutische Industrie mit 29 Mrd. EUR jährlich bereits einen nicht unerheblichen Beitrag zur Stabilisierung der GKV-Finzen. Zusätzliche Belastungen kommen hier einer Amtshilfe für

Deindustrialisierung gleich. Geplante Investitionen in Milliardenhöhe am Standort Deutschland wurden bereits gestrichen.

Sparbeitrag der Pharmaindustrie zur Stabilisierung der GKV-Finzen in Mrd. EUR

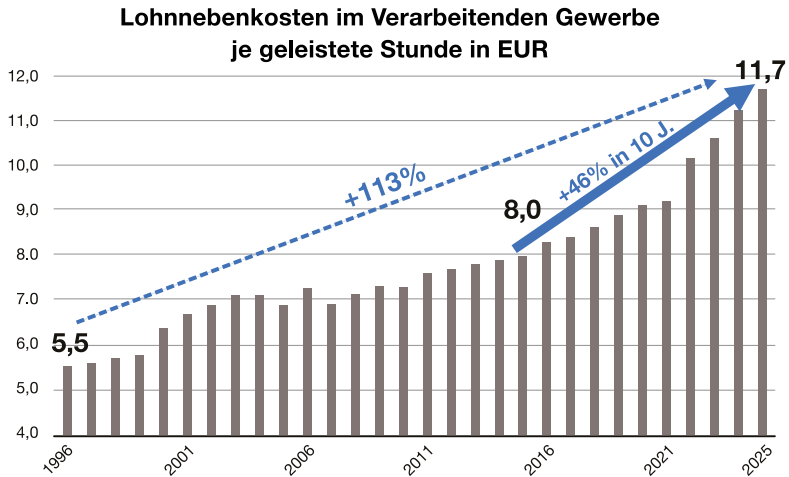


Quelle: vfa-Schätzung nach IGES (NVI); Festbeträge: GKV-SV (PM 19.06.2019); Datenstand 2015, Grafik: Bayerische Chemieverbände
¹ Gesetzliche Rabatte inklusive Kombinationsabschlag

Und es kommt noch schlimmer: Solche Einsparmaßnahmen verkennen die ökonomischen Realitäten, dass Investitionen in Forschung, Entwicklung und Produktion die Grundlage für nachhaltige Versorgungssicherheit und medizinischen Fortschritt bilden – und auskömmlich refinanzierbar sein müssen. Im Übrigen gilt: Die innovativen, jetzt noch patentgeschützten Arzneimittel sind die Generika von morgen! Und nur weil ein Arzneimittel einen ggf. höheren Preis hat, heißt es noch lange nicht, dass es einen geringen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Prominente Beispiele belegen das (z.B. die Hepatitis-C-Therapie).

» GESUNDHEITSPOLITIK ENTSCHEIDET ÜBER DEN ZUGANG ZU MEDIZINISCHEM FORTSCHRITT.«

Diese einseitigen Maßnahmen zur Kostenreduktion bedeuten nichts weniger als strukturellen Substanzverlust: Innovation, Produktion und Investitionen verlagern sich – und mit ihnen nicht nur Wertschöpfung und hochqualifizierte Arbeitskräfte, sondern vor allem auch der Zugang zu neuen Therapien und Versorgungssicherheit. Gesundheitspolitik entscheidet daher ganz maßgeblich über wirtschaftliche und technologische Souveränität.



Quelle: Destatis, Grafik: Bayerische Chemieverbände

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Tragfähigkeit sichern, Beschäftigung ermöglichen

Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktpolitik wirken auf denselben Zusammenhang: die Bedingungen, unter denen Beschäftigung entsteht und erhalten bleibt. Während die Sicherungssysteme soziale Risiken absichern und über Beiträge die Finanzierungsbasis der Solidargemeinschaft bestimmen, beeinflusst die Arbeitsmarktpolitik die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes an sich – und damit die Größe und Stabilität der Beitragszahlerbasis.

Der strukturelle Druck in den sozialen Sicherungssystemen ist seit langem angelegt. Der „Generationenvertrag“ kann bei 1,35 Geburten pro Frau in Deutschland nicht mehr funktionieren. Demografische Verschiebungen verändern dauerhaft das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. Besonders sichtbar wird dies in der Rentenversicherung: Steigende Ausgaben treffen auf eine schrumpfende Beitragsbasis. Ohne strukturelle Anpassungen führt dies zu massiv steigenden Beitragssätzen oder deutlich wachsender Steuerfinanzierung – mit direkten Rückwirkungen auf Arbeitskosten und Investitionsspielräume. Ein zusätzlicher Verlust industrieller Wettbewerbsfähigkeit bzw. Produktivität verschärft diese Entwicklung selbstverständlich. Die aktuellen Vorschläge

der Rentenkommission greifen diese strukturelle Problemlage grundsätzlich auf und sind als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu bewerten. Abseits von der Frage der politischen Umsetzung ist eine langfristige Lösung für die Herausforderungen bei der Rente damit jedoch noch nicht erreicht. Und zudem entsteht ein Zielkonflikt: Durch den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Vorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung droht eine Erhöhung der Beitragssätze – und damit eine weitere Belastung bei den Lohnnebenkosten.

Ein ähnliches Muster zeigt sich aber auch in anderen Säulen, wie der Kranken- und Pflegeversicherung – hier wurde zuletzt reagiert, jedoch überwiegend durch kleinteilige Eingriffe in einzelne Stellgrößen statt durch strukturelle Anpassungen. Die grundlegende Fehlsteuerung bleibt damit unverändert.

» DIE DYNAMIK VON SOZIALABGABEN BELASTET SCHON HEUTE MASSIV DEN FAKTOR ARBEIT.«

Dass dringend nötige Anpassungen bislang nur unzureichend vorangebracht wurden, lässt sich nicht mit fehlender Erkenntnis erklären, sondern beruht auf mangelnder politischer Reformkraft. Es ist geradezu absurd: Ein Staat, der Nachhaltigkeit als wirtschaftliches und gesellschaftliches Leitprinzip einfordert, schafft bislang nicht im Ansatz eine entsprechende Verankerung dieses Prinzips im Sozialstaat. Eine nachhaltige Stabilisierung erfordert eine klare Prioritätensetzung: eine konsequente Begrenzung der Lohnnebenkosten, eine stärkere Ausgabendisziplin sowie Anpassungen zentraler Systemparameter an die demografische Realität.

Die Belastungsdynamik konzentriert sich derweil bereits heute überproportional stark im Faktor Arbeit: Steigende Sozialabgaben erhöhen die Lohnnebenkosten und verteuern Beschäftigung. In den letzten 10 Jahren hat sich der Anteil der Lohnnebenkosten im Verarbeitenden Gewerbe je geleisteter Arbeitsstunde um nahezu 50 % erhöht! Der bisherige Reformfokus auf Beitragserhöhungen, Leistungsausweitungen und zusätzliche Finanzierungsbausteine schafft hierfür kein tragfähiges Gleichgewicht.

Parallel dazu verschiebt sich die arbeitsmarktpolitische Steuerung in Richtung zusätzlicher Regulierungsinstrumente. Anders als die Finanzierungssysteme greifen diese Maßnahmen ganz unmittelbar in betriebliche Prozesse ein – mit direkten Auswirkungen auf Aufwand, Flexibilität und Steuerbarkeit.

Ein zentrales Beispiel ist die Entgelttransparenzrichtlinie. Sie bringt umfassende Analyse-, Dokumentations- und Berichtspflichten mit sich und greift in etablierte Entgeltsysteme ein – auch dort, wo tarifvertragliche Regelungen bereits transparente und differenzierte Strukturen gewährleisten. Ein zusätzlicher Regulierungsbedarf ist daher nicht erkennbar. Die gesetzlich verankerte Angemessenheitsvermutung ist Ausdruck funktionierender Tarifautonomie und darf nicht infrage gestellt werden.

Der zusätzliche Aufwand steht damit in keinem erkennbaren Verhältnis zu seinem Beitrag zur Lösung struktureller Arbeitsmarktp Probleme. Hier offenbart sich ein weiteres Beispiel Brüsseler Entrücktheit und Praxisferne. Gleichzeitig birgt die Richtlinie erhebliche Risiken für betriebliche Praxis und Akzeptanz: Die Eingriffe in gewachsene Entgeltsysteme können zu deutlichen Kostensteigerungen führen, bestehende Differenzierungen nach Qualifikation, Erfahrung und Leistung infrage stellen und neue Verteilungskonflikte innerhalb der Belegschaften auslösen. Damit droht eine Schwächung betrieblicher Lohngerechtigkeit sowie der Akzeptanz leistungsbezogener Entgeltstrukturen. Und die Stimmung in den Betrieben wird sicher auch nicht besser.

Arbeitsmarktpolitische Eingriffe müssen sich jedoch an ihrer tatsächlichen Wirkung messen. Entscheidend ist, dass Regulierung betriebliche Anpassungsfähigkeit nicht einschränkt, sondern Flexibilität ermöglicht und funktionierende Strukturen – insbesondere tarifvertragliche Regelungen – schützt und stärkt. Auch bestehende und geplante Ausweitungen von Tariftreuevorgaben sind vor diesem Hintergrund kritisch zu bewerten. Staatliche Vorgaben zur Anwendung von Tarifverträgen greifen in etablierte tarifliche Ordnungsstrukturen ein, verzerren den Wettbewerb und schwächen die eigenverantwortliche Gestaltung durch die Sozialpartner. Wo Tarifverträge wirken, braucht es keine weitere staatliche Überformung – sondern Respekt vor ihrer Ordnungsfunktion.

» ABGABEN RAUF, REGULIERUNG DRAUF –
BESCHÄFTIGUNG RUNTER: DIESE ABWÄRTSSPIRALE MUSS
DURCHBROCHEN WERDEN.«

In diesem Zusammenhang ist auch die überfällige Modernisierung arbeitszeitrechtlicher Rahmenbedingungen zu nennen. Eine stärkere Orientierung an wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeiten sowie flexiblere Ge-

staltung der Ruhezeit können dazu beitragen, Beschäftigung zu sichern und betriebliche Abläufe effizienter zu gestalten.

Ausbleibende Reformen und zusätzliche Regulierung verstärken sich so gegenseitig: steigende Sozialabgaben auf der einen, zunehmende Eingriffe auf der anderen Seite. Beide wirken auf dieselben Entscheidungsräume – Beschäftigung, Investitionen und Standortwahl. Die Folgen sind spürbar: Investitionen werden zurückgestellt, Beschäftigung wird selektiver auf-, häufig sogar abgebaut und die wirtschaftliche Basis der sozialen Sicherungssysteme gerät unter Druck. Diese Entwicklung ist jedoch nicht unumgänglich: Wo Beschäftigung entsteht, qualifizierte Arbeit gesichert wird und industrielle Wertschöpfung wächst, stabilisiert sich gleichzeitig die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme. Ein positiver Substanzeffekt – denn eine intakte industrielle Struktur wirkt damit selbstverstärkend: Sie sichert nicht nur Investitionen und Innovation, sondern auch Beschäftigung und die Tragfähigkeit sozialer Absicherung.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik müssen daher gemeinsam entlang dieses Zusammenhangs gedacht werden. Erforderlich ist jetzt ein klarer Kurswechsel: weg von einer Fortschreibung bestehender Strukturen und steigender Belastungen, hin zu einer Reformstrategie, die die Belastung des Faktors Arbeit begrenzt, Flexibilität stärkt und die demografischen Realitäten konsequent berücksichtigt.

Industrielle Stärke ist eine Frage der Entscheidung

Die vorangehende Betrachtung von „Substanzeffekten“ zeigt, wie eng industrielle Leistungsfähigkeit, Beschäftigung und gesellschaftliche Stabilität miteinander verknüpft sind. Die beschriebenen Teilbereiche – Energie, Regulierung, Gesundheit, Arbeit und Soziales – erheben dabei natürlich

keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Substanzeffekte reichen beispielsweise von der Steuerpolitik über die Infrastruktur bis hin zur Bildung. Letztere wirkt dabei sogar mehrfach: Bildung befähigt Menschen, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schafft Talente und Innovationskraft, worauf industrielle Substanz und damit auch der Wohlstand beruht, der diese Strukturen trägt und erneuert.



Die aktuelle Ausgangslage ist zweifellos herausfordernd – aber nicht alternativlos. Veränderung ist in erster Linie eine Frage der Entscheidung: In einer krisengeprägten Welt kommt es darauf an, jetzt Weichen zu stellen – mit kla-

rem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und industrielle Stärke. Eine aktuelle VCI-Studie unterstreicht diese Perspektive: Unterschiedliche Entwicklungspfade bis 2045 zeigen, dass der Standort gleichermaßen unter Druck geraten oder neue Stärke entfalten kann. Politische und wirtschaftliche Weichenstellungen sind hierfür zentral. In allen Szenarien wird deutlich, wie entscheidend eine innovations-, handlungs- und investitionsstarke Chemie- und Pharmaindustrie als Träger zukünftiger Wertschöpfung ist.

» INDUSTRIELLE SUBSTANZ SICHERT DIE ZUKUNFT –
WENN WIR SIE ERHALTEN, STATT NUR ZU VERWALTEN.«

Die Zukunft ist damit offen. Sie verlangt klare Entscheidungen – auch solche, die mit Zumutungen verbunden sind. Wichtig ist, dass ihnen eine klare Perspektive gegenübersteht: Erhalt, Stärkung und Erneuerung industrieller Substanz als Grundlage für Beschäftigung, Wertschöpfung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Keine Dystopie also – sondern die bewusste Entscheidung für eine erfolgreiche industrielle Zukunft.

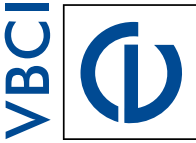
Die Zeit für die #MissionSubstanzerhalt ist jetzt gekommen!

Aus der Arbeit des VBCI

Verantwortung
übernehmen.
Zukunft gestalten.



Ihr starker Partner für Tarif-, arbeits-
und sozialpolitische Fragen



Aus der Arbeit des VBCI

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie (VBCI) vertritt die Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Bayern in allen arbeits-, tarif- und sozialpolitischen Fragestellungen – auf bayerischer, nationaler sowie europäischer Ebene. Zu den vorrangigen Aufgaben des Arbeitgeberverbandes gehören die arbeitsrechtliche Beratung und Prozessvertretung unserer Mitglieder durch unsere Rechtsabteilung, die Wissensvermittlung insbesondere durch Schulungen sowie die Willensbildung in den Gremien. Unsere Mitgliedsunternehmen profitieren dabei von schneller, fundierter Beratung, praxisorientierten Lösungen sowie für die betriebliche Umsetzung aufbereiteten Informationen über aktuelle Gesetzesänderungen und Entwicklungen in der Rechtsprechung. Die intensive Gremienarbeit bietet darüber hinaus für unsere Mitglieder ein Forum zum Informations- und Wissenstransfer und zur Abstimmung von Positionen gegenüber Politik und Gewerkschaften. In enger Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) können die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Branche gegenüber Politik, Verwaltung und Sozialpartnern wirkungsvoll und nachhaltig vertreten werden.

Rechtsberatung mit Praxisnähe und Verhandlungskompetenz

Unsere Rechtsabteilung unterstützt die Mitgliedsunternehmen mit individueller, hochqualifizierter Beratung und vertritt ihre Interessen vor Arbeits-, Landesarbeits- und Sozialgerichten ebenso wie gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaften.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Mitwirkung an deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren. Gemeinsam mit unseren Partner- bzw. Dachverbänden – dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) – bringen wir die Perspektiven der chemischen und pharmazeutischen Industrie aktiv in politische Entscheidungsprozesse ein.

Austausch, der Mehrwert schafft

Die intensive Arbeit in unseren Gremien ist ein zentraler Bestandteil der Verbandsarbeit. Im Berichtszeitraum standen insbesondere Themen wie Ent-

gelttransparenz, Teilzeitdiskriminierung, KI-basiertes Personalmanagement, Beschäftigtendatenschutz sowie aktuelle Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts im Fokus.

Im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss (SPA) wurden unter anderem die Herausforderungen eines Tariftreuegesetzes oder der Entgelttransparenzrichtlinie diskutiert, Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitsunfähigkeitszeiten aufgezeigt und praxisorientierte Handlungsempfehlungen entwickelt.

Dringende Reformen im Arbeitszeitrecht

Für die deutsche Wirtschaft ist die Reform des Arbeitszeitgesetzes aus den 90er Jahren von besonderer Relevanz. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Eckpunkte finden sich jedoch, anders als die Forderungen der Gewerkschaften, im ersten Referentenentwurf nicht wieder. So bleibt dieser hinter den Erwartungen an echte Flexibilisierung zurück und verhindert die Aufrechterhaltung betrieblicher Vertrauensarbeitszeitvereinbarungen. Die Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung geht materiell über die europäischen Anforderungen hinaus. Der Entwurf zeugt von einem tiefen Misstrauen gegenüber Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

» DER AUSTAUSCH MIT UNSEREN MITGLIEDERN
IST DIE BASIS UNSERER ARBEIT.«

Wissen teilen. Kompetenz stärken.

Unser Weiterbildungs- und Informationsangebot wird aufgrund der starken Nachfrage konsequent ausgebaut. An unseren Online-Seminaren nehmen in der Spitze über 200 Mitarbeiter aus unseren Mitgliedsunternehmen teil.

Der Legal Lunch an jedem ersten Dienstag im Monat ist zwischenzeitlich ein fest eingeplanter Termin für einen Großteil unserer Mitglieder. Ergänzend dazu informiert der quartalsweise stattfindende Rechtsprechungsreport über aktuelle arbeitsgerichtliche Entscheidungen mit besonderer Relevanz für die betriebliche Praxis. Dieses Format hat sich zwischenzeitlich ebenso etabliert. Neu eingeführt wurde der Tarif Talk. Das Format vermittelt kompakt und praxisnah ausgewählte tarifliche Themen und stieß bereits kurz nach seinem Start auf sehr positive Resonanz.

Workshops und praxisorientierte Seminare

Neben digitalen Formaten hat der VBCI auch im vergangenen Jahr zahlreiche Workshops und Präsenzveranstaltungen angeboten. So wurden Strategien

für Verhandlungen mit Betriebsräten im Rahmen von Restrukturierungen vermittelt. Darüber hinaus griff unsere Rechtsabteilung gemeinsam mit erfahrenen Praktikern aus den Mitgliedsunternehmen konkrete betriebliche Fragestellungen auf – etwa zum Thema „Abmahnungen – aber richtig“. Wie auch in den vergangenen Jahren konnten darüber hinaus namhafte Referenten von Universitäten und der Arbeitsgerichtsbarkeit gewonnen werden, etwa zu den Themen Betriebsratswahlen, Einsatz von KI im Unternehmen und betriebsbedingte Kündigung.

Präsenzveranstaltungen, Fachvorträge und Netzwerktreffen bleiben auch künftig ein wesentlicher Bestandteil unseres Angebots. Ergänzt wird dies durch Inhouse-Schulungen, Online-Seminare und digitale Lernformate für eine flexible Weiterbildung.

Information mit Relevanz

Unsere Mitgliedsunternehmen werden fortlaufend über aktuelle arbeits-, tarif- und sozialpolitische Entwicklungen informiert – durch den wöchentlichen Newsletter sowie tagesaktuelle Rundschreiben.

Darüber hinaus stehen im Extranet umfangreiche Muster, Arbeitshilfen und Handlungsempfehlungen für die tägliche Personalarbeit zur Verfügung.

Tarifabschluss 2026: Verantwortung in schwierigen Zeiten

Nach intensiven Verhandlungen wurde zwischen BAVC und IGBCE am 25. März 2026 in Bad Breisig eine Einigung für die chemisch-pharmazeutische Industrie erzielt. Der Tarifabschluss zeigt die Belastbarkeit der Sozialpartnerschaft auch unter herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die bezirklichen Entgelttarifverträge wurden zum 1. März 2026 unverändert wieder in Kraft gesetzt. Erst ab Januar 2027 steigen die Entgelte um 2,1 %, ab Januar 2028 um weitere 2,4 %. Ein Novum stellt dabei die Möglichkeit des Vorziehens der Tariflohnerhöhung um drei Monate dar. In der Vergangenheit war hier regelmäßig eine Erhöhung der Tarifentgelte bei einer Verschiebemöglichkeit um bis zu drei Monate nach hinten geregelt. Mit dem aktuellen Tarifabschluss wird diese Systematik umgedreht. In wirtschaftlich eher stabilen Unternehmen, die weniger stark von der aktuellen Krise betroffen sind, besteht für die Betriebsparteien die Option, die Entgeltsteigerungen um drei Monate vorzuziehen. Diese Flexibilität soll der differenzierten Lage innerhalb der Branche gerecht werden.

Der Tarifvertrag läuft bis Ende Mai 2028 und schafft damit langfristige Planungs- und Investitionssicherheit.

» SOZIALPARTNERSCHAFT SCHAFFT STABILITÄT.«

Beschäftigungssicherung

Zur Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten im Strukturwandel haben IGBCE und BAVC den bisherigen Demografie-Tarifvertrag zu einem Transformations-Tarifvertrag weiterentwickelt. Künftig können Mittel aus dem betrieblichen Demografiefonds auch gezielt für Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung eingesetzt werden. Hierzu wurde der Tarifvertrag Lebensarbeitszeit und Demografie um einen weiteren dauerhaften Verwendungszweck der Beschäftigungssicherung ergänzt.

Befristet für die Kalenderjahre 2026 und 2027 stellt der Arbeitgeber einen Transformationsbetrag in Höhe von jeweils 300 Euro für Tarifbeschäftigte und 150 Euro für Auszubildende zur Verfügung. Der Transformationsbetrag soll vorrangig für Beschäftigungssicherung und Transformation genutzt werden. Es können z.B. Qualifizierungen und Beratungen für Beschäftigte finanziert werden. Sofern keine Transformationsmaßnahmen umgesetzt werden, können die Betriebsparteien entscheiden, den Transformationsbetrag auszuzahlen.

Darüber hinaus werden bestehende Instrumente zur Begleitung des Wandels weiter ausgebaut – darunter das Analyse-Tool PYTHIA Chemie, der Future Skills Report Chemie sowie der Fachkräftenradar Chemie.

Altersversorgung gemeinsam weiterdenken

Neben dem Tarifabschluss war ein besonderer Schwerpunkt der Sozialpartnerschaft die gemeinsame Veranstaltung des VBCI und der IGBCE zur betrieblichen Altersversorgung in der chemischen und kunststoffverarbeitenden Industrie.

Die Veranstaltung verdeutlichte, wie Sozialpartner gemeinsam tragfähige Antworten auf die Herausforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt entwickeln – insbesondere mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung.

Schwerpunkte der Sozialpartnerveranstaltung waren neben der Darstellung der Grundzüge der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung die Besonderheiten der tariflichen Altersversorgung in der chemischen Industrie. Insbesondere wurde das Sozialpartnermodell vorgestellt. Hierdurch wird Mitgliedsunternehmen fortan die Möglichkeit der reinen Beitragszusage eröffnet.

Aktivitäten zur Fachkräftesicherung: Nachwuchs gewinnen und Potenziale nutzen

Parallel zu den bildungspolitischen Aktivitäten verfolgen die Bayerischen Chemieverbände eine Reihe gezielter Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Diese setzen insbesondere an den Schnittstellen zwischen Schule, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt an.

Ein zentrales Instrument ist die Plattform Chemie-Azubis.de, die Jugendlichen authentische Einblicke in Ausbildungsberufe und duale Studiengänge bietet. Erfahrungsberichte, Bewerbungstipps und direkte Kontakte zu Unternehmen erleichtern den Einstieg in die Branche und stärken die Attraktivität technischer Berufe. Ergänzend dazu bündelt die Initiative Elementare Vielfalt (EIVi) Informationen zu über 50 Ausbildungsberufen, bietet eine bundesweite Ausbildungsbörse und unterstützt Unternehmen aktiv bei der Rekrutierung geeigneter Nachwuchskräfte.

» WIRKSAME MASSNAHMEN ZUR GEWINNUNG,
VERMITTLUNG UND BINDUNG VON TALENTEN
SICHERN DIE ZUKUNFT DER BRANCHE.«

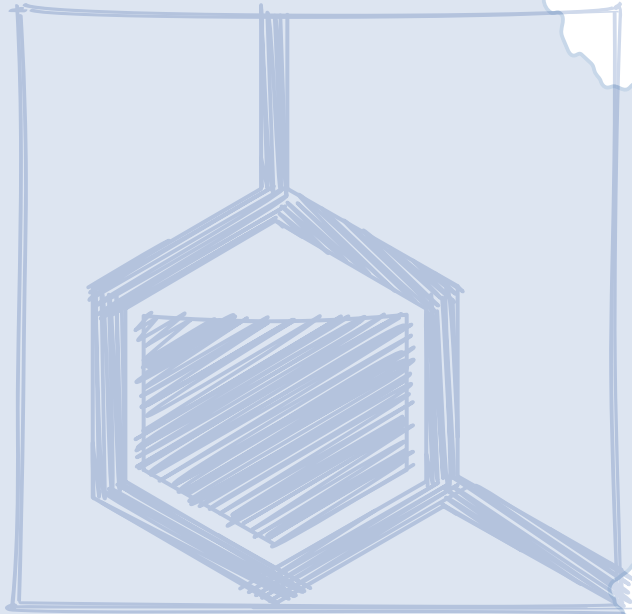
Mit dem Fachkräft radar Chemie Bayern adressieren die Verbände zudem gezielt die Bindung vorhandener Fachkräfte. Die Talent-Sharing-Plattform ermöglicht es Unternehmen, qualifizierte Mitarbeiter innerhalb der Branche weiterzuvermitteln und so wertvolles Know-how zu erhalten. Dies stärkt nicht nur einzelne Unternehmen, sondern stabilisiert die gesamte Branche in Zeiten struktureller Veränderungen.

Ein weiterer wichtiger Baustein sind Messeauftritte, etwa auf der Stuzubi. Hier treten die Chemieverbände direkt mit Schülerinnen und Schülern in Kontakt, vermitteln praxisnahe Einblicke in Berufsbilder und sprechen potenzielle Auszubildende frühzeitig an. Persönliche Gespräche und interaktive Formate senken Einstiegshürden und unterstützen bei der Berufsorientierung.

Gemeinsam verfolgen diese Maßnahmen das Ziel, Fachkräfte entlang des gesamten Karrierewegs zu gewinnen, zu entwickeln und langfristig in der Branche zu halten. Sie ergänzen die MINT-Bildungsaktivitäten sinnvoll und leisten insgesamt einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

*Expertise bündeln.
Stakeholder vernetzen.
Interessen vertreten.*



*Vom Erfahrungsaustausch bis
zur Branchenkommunikation:
Der VCI-Landesverband prägt
die wirtschaftspolitischen
Rahmenbedingungen für Chemie
und Pharma in Bayern.*



VCI

BAYERN

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband Bayern ist die wirtschaftspolitische Stimme der chemisch-pharmazeutischen Industrie im Freistaat. Er bündelt die Expertise seiner Mitgliedsunternehmen und entwickelt daraus belastbare Positionen. Maßgeblich ist die Gestaltung von guten Rahmenbedingungen für industrielles Wachstum und Innovationen. Eingebunden in das bundesweite VCI-Netzwerk wirkt der Landesverband auf allen föderalen Ebenen – in Bayern ebenso wie in Berlin und Brüssel. So entsteht ein Raum, der die Vielfalt der bayerischen Chemie- und Pharmaindustrie widerspiegelt: als Plattform für Austausch, als Impulsgeber und Stimme nach außen.

„Verbändewerkstatt“: Die Arbeit der Fachgremien

Fundament der Verbandsarbeit ist die Fachgremienstruktur mit ihren Arbeits- und Expertenkreisen (Details siehe Seiten 44/45). Als direkte Schnittstellen zu den Unternehmen werden hier Perspektiven gebündelt und tragfähige Positionen erarbeitet. In enger Verzahnung mit den Gremien des Bundesverbandes sowie mit Dachverbänden wie BDI und vbw entsteht so ein Wissens- und Arbeitsnetzwerk, das die Handlungsfähigkeit des Verbandes stärkt und Unternehmen bei der Einordnung neuer Anforderungen unterstützt. Ergänzt wird dies durch tagesaktuelle Informationen über Infomailings und das Extranet. Die Fachgremien in Bayern decken ein breites Themenspektrum ab und befassten sich im Berichtszeitraum u.a. mit folgenden Punkten:

Arbeitsschutz und Anlagensicherheit:

Der Fokus liegt auf Praxisnähe und dem Lernen voneinander – für ein hohes Sicherheitsniveau in der Branche und darüber hinaus. Zentrale Elemente sind der Austausch zu Ereignissen sowie die gemeinsame Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse. Doch auch konkrete Anforderungen standen im Mittelpunkt, etwa die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Starkregen- und Starkwindmanagement. Bewährt hat sich erneut das Expertenforum Ex-Schutz für einen vertieften Austausch in diesem speziellen Bereich.

Energie und Klima:

Energie- und Klimapolitik bleibt das standortpolitische Epizentrum der Branche: Sie entscheidet – in den politischen Leitlinien ebenso wie in der immer

ausdifferenzierteren Regulierung – maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Chemieindustrie. Vor dem Hintergrund der Regierungsbildung auf Bundesebene und anhaltender geopolitischer Spannungen lag der Fokus auf kurzfristigen Entlastungen sowie planbar wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Maßnahmen wie die Abschaffung der Gasumlage, Netzentgeltzuschüsse und der Industriestrompreis bringen erste Verbesserungen, die jedoch durch den EU-Beihilferahmen begrenzt bleiben. Auch bei der Weiterentwicklung des EU-ETS wurden erste Weichen gestellt. Insgesamt reicht dies für einen zukunftsfähigen Industriestandort jedoch nicht aus. Um so wichtiger bleiben strukturelle Fragen zur nachhaltigen Verbesserung der Gesamtkosteneffizienz.

» ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK IST FÜR DIE BRANCHE EIN STANDORTPOLITISCHES EPIZENTRUM!«

Im Mittelpunkt der Verbandsarbeit stand daher ein umfassendes Portfolio regulatorischer Dossiers. Neben den bereits genannten Bereichen betrifft dies u.a. Netzentgeltreform, Kraftwerksstrategie, EU-Regelung zu Kundenanlagen, EEG-Novelle, Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpaket, CBAM, Wärmeplanungsgesetz, Festlegungsverfahren der Bundesnetzagentur sowie nationale und regionale klimapolitische Initiativen.

Flankierend wurden der Austausch unter den Energieexperten und der Dialog mit zentralen Akteuren intensiviert, etwa zu Netzausbauperspektiven mit TenneT, zu Erfahrungen hinsichtlich ökologischer Gegenleistungen, aber auch zur regelmäßigen Abfrage zur Stromqualität in Bayern.

» DAS UMWELTREGELWERK ERSCHWERT ZUNEHMEND DIE „LICENSE TO OPERATE“.«

Medialer Umweltschutz:

Der umfassende Rechtsrahmen des medialen Umweltschutzes definiert die „license to operate“ für den Betrieb und die Genehmigung von Industrieanlagen. Die regulatorische Dynamik ist weiterhin hoch und durch umfangreiche materielle wie formale Anforderungen geprägt. Der VCI setzt sich daher für praxistaugliche Verbesserungen, schnellere Genehmigungsverfahren, die Rückführung überzogener Anforderungen und eine stärkere Ermöglichungskultur ein. Ein Ansatzpunkt sind die von der EU-Kommission angestoßenen Omnibusinitiativen zur Vereinfachung bestehender Regelwerke. Diese gehen in die richtige Richtung, bleiben

jedoch deutlich hinter dem Bedarf an spürbarer Bürokratieentlastung zurück.

Die genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen standen daher erneut im Fokus. Zentrale Themen waren die Umsetzung der novellierten EU-Industrieemissionsrichtlinie (IED) und die Umsetzung einschlägiger BVT-Dokumente, insbesondere des WGC-BREF, sowie wasserrechtliche Dossiers wie die Neufassung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie und das EU-Water-Package – sowie auf bayerischer Ebene die Novelle des Bayerischen Wassergesetzes mit der Einführung eines Wasserentnahmeentgelts.

Auch konkrete Praxisfragen wurden erörtert, wie z.B. die stärkere Berücksichtigung von Umweltmanagementsystemen im Verwaltungsvollzug.



Stoffpolitik:

Mindestens ebenso relevant wie der mediale Umweltschutz sind die chemikalienrechtlichen Vorgaben für Stoffe und Gemische. Diese sind weitgehend europäisch harmonisiert und bestimmen maßgeblich die Handlungsspielräume der Unternehmen. Positiv ist, dass die ursprünglich geplante umfassende Revision der REACH-Verordnung vorerst nicht umgesetzt wird. Das schafft regulatorische Stabilität und begrenzt zusätzliche Belastungen. Gleichwohl bleibt erheblicher Handlungsbedarf: Notwendig sind konkrete Vereinfachungen außerhalb des Basisrechts, die tatsächlich bei den Unternehmen ankommen. Dass Bürokratieabbau nicht konsequent genug verfolgt wird, zeigt sich im Chemikalien-Omnibus, etwa bei der Rückkehr zu praxisfernen Vorgaben bei Mindestschriftgrößen in der CLP-Kennzeichnung. Insgesamt verursacht das Chemikalienrecht – insbesondere im untergesetzlichen Bereich – weiterhin hohen bürokratischen Aufwand und entwickelt sich zunehmend zu einem industriepolitischen Hemmnis. Besonders deutlich wird das bei aktuellen Beschränkungs dossiers: Die PFAS-Beschränkung ist durch ihre Breite und Komplexität kaum handhabbar und wirtschaftlich hochriskant, während die Mikroplastikbeschränkung weitere umfassende Berichtspflichten schafft. Hinzu kommen problematische Entwicklungen bei der Einstufung nach CLP, etwa bei Partikeleffekten von anorganischen Pigmenten oder bei der drohenden Einstufung von Ethanol als CMR-Stoff mit weitreichenden Folgewirkungen.



Nachhaltigkeit:

Auch in diesem Bereich ist ein deutlicher Aufwuchs des regulatorischen Rahmens festzustellen – Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettenregelun-

gen und EU-Taxonomie. Diese Entwicklungen werden vom Verband eng begleitet und die Perspektive der Industrie wird kontinuierlich eingebracht. Ein erstes Signal gegen die zunehmende Überregulierung hat der Anfang 2026 verabschiedete Nachhaltigkeits-Omnibus gesetzt, der insbesondere bei CSRD und CSDDD zu Erleichterungen geführt hat. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein – weiterer Bürokratieabbau bleibt notwendig.

Eine wichtige Ergänzung stellen die konkreten Unterstützungsangebote der Brancheninitiativen Responsible Care und Chemie³ dar.

Innovation:

Die Innovationsfähigkeit der Branche ist ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Stärke von morgen. Sie erfordert neben geeigneten politischen Rahmenbedingungen auch die konsequente Identifikation und Überwindung unternehmens- und brancheninterner Hemmnisse.

Im Fokus stand daher die gezielte Stärkung von Innovations- und Kooperationsfähigkeit durch neue Perspektiven auf Innovationsprozesse und den Austausch mit Start-ups. Ein Workshop in Kooperation mit Santiago Advisors beleuchtete konkrete Instrumente zur Analyse und Weiterentwicklung von

Innovationsprozessen sowie die dafür nötigen organisatorischen Verankerungen. Diese Aktivitäten sind eng mit dem Chemie-Cluster Bayern verzahnt und stärken Wissenstransfer sowie Vernetzung innerhalb der Branche. Ergänzend wurden gezielt Impulse gesetzt, etwa zur Rolle der Bioökonomie als Zukunftsfeld und zu praxisnahen Einstiegen für den Mittelstand.



»REGULIERUNG WIRD VOR ORT UMGESETZT – UMSO WICHTIGER
IST DER DIALOG MIT ZENTRALEN AKTEUREN!«

Perspektiven wechseln: Dialogformate mit der Administration

Die Umsetzung rechtlicher Vorgaben erfolgt vor Ort – in den Unternehmen ebenso wie im behördlichen Vollzug. Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden regulatorischen Dynamik gewinnt der Austausch mit der Administration an Bedeutung. Der Dialog mit zentralen Akteuren wie dem bayerischen Wirtschafts- und dem Umweltministerium ist hierfür von großer Relevanz.

Seit vielen Jahren bieten etablierte Expertendialoge im zweijährlichen Turnus einen festen Rahmen für diesen fachlichen Austausch – sowohl für Fragen des medialen Umweltschutzes, des Chemikalienrechts als auch im Bereich der Arzneimittelregulierung.

Darüber hinaus hat sich ein regelmäßiges Branchengespräch mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt auf Leitungsebene etabliert.

Dialog mit der Politik – offen, klar und kontinuierlich

Die Politik gestaltet maßgeblich die Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung. Für informationsbasierte Entscheidungen ist in unserer repräsentativen Demokratie der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Akteuren unverzichtbar. Für den VCI-Landesverband ist die politische Interessenvertretung ein zentraler Bestandteil der Arbeit – und die Präsenz im politischen Raum wurde nochmals deutlich verstärkt. Ob auf Parteitagen, bei (parlamentarischen) Veranstaltungen in Bayern, Berlin und auf EU-Ebene oder im direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträgern: Die Bayerische Chemie ist ein kontinuierlicher, konstruktiver, sichtbarer aber auch deutlicher Dialogpartner. Grundlage unserer Interessenvertretung ist und bleibt dabei ein transparenter und verantwortungsvoller Austausch im Einklang mit den geltenden Vorgaben wie dem Lobbyregister.

Auf bayerischer Ebene sind hier besonders die gemeinsame standortpolitische Resolution zusammen mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium und der IGBCE Bayern sowie ein parlamentarischer Abend in der Bayerischen Vertretung in Berlin hervorzuheben.

Diese Aktivitäten und dabei formulierte Botschaften haben aus Bayern heraus auch den intensiven Prozess zur Chemieagenda 2045 auf Bundesebene kraftvoll flankiert.



Kommunikation als Querschnittsaufgabe

Kommunikation ist eine Querschnittsaufgabe der Verbandsarbeit. Zum einen im Sinne der Vernetzung der Kommunikationsverantwortlichen in den Mitgliedsunternehmen – etwa im Austausch zu Best Practices beim Einsatz von KI-Tools im Kommunikationsalltag oder im Umgang mit Multi-Channel-Kommunikation. Zum anderen umfasst Kommunikation die gezielte Information der Mitgliedsunternehmen. Hier reicht das Spektrum von klassischen Mailings bis hin zu einer tagesaktuellen, thematisch aufbereiteten Vollsortimentinformation zu sämtlichen wirtschaftspolitischen Themen des Verbandes über das Extranet (mit wöchentlicher Newsletter-Funktion „Kurzinformationen“). Nicht zuletzt ist Kommunikation auch Branchenkommunikation: Neben klassischen Webauftritten und einer aktiven Präsenz auf Social Media



– Instagram und LinkedIn – hat der Verband im Berichtszeitraum auch seine Kampagnenfähigkeit unter dem Motto „Schluss mit Schneckentempo!“ unter Beweis gestellt.

Pharmastandort: Reformen zulasten Arzneimittelinnovationen?

Die pharmazeutische Industrie ist nicht nur eine tragende Säule der Gesundheitsversorgung und Garant für Resilienz, sondern auch Innovationsmotor, bedeutender Arbeitgeber und zentrale Kraft für die wirtschaftliche Dynamik am Standort.

» PHARMA IST EINE ECHTE SCHLÜSSELINDUSTRIE – UND DARF JETZT NICHT IM ÜBEREIFER EINGEBREMST WERDEN!«

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre verdeutlichen jedoch die Risiken einer zu restriktiven Gesetzgebung. Insbesondere im Generikamarkt wurden durch zu stark angedrehte Preisschrauben Abwärtsspiralen in Gang gesetzt, die zur Verlagerung von Produktionskapazitäten und damit zu Abhängigkeiten geführt haben. Zusätzliche Belastungen – etwa durch die EU-Kommunalabwasserrichtlinie – könnten dies weiter vorantreiben.

Gleichzeitig gerät auch der Zugang zu innovativen Arzneimitteln unter Druck. Vor dem Hintergrund der internationalen Gemengelage muss Deutschland sowohl als Innovationsstandort als auch als Absatzmarkt attraktiv bleiben. Solche Zusammenhänge wurden in der nationalen Gesetzgebung – insbesondere im Rahmen notwendiger Reformen im Sozial- und GKV-System – bislang nur unzureichend berücksichtigt. Die Verbandsarbeit fokussierte sich daher auf die frühzeitige Einordnung von deren Auswirkungen auf Innovationsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Standortattraktivität. Das Ziel: Rahmenbedingungen schaffen, die Gesundheitsversorgung und Innovationskraft gleichermaßen sichern.



Die Pharmainitiative Bayern hat dies in engem Austausch mit den Pharmafachverbänden des VCI, Politik, Ministerien und weiteren Akteuren kontinuierlich begleitet – u.a. im Rahmen des Bayerischen Pharmagipfels, des Expertendialogs Arzneimittel, in parlamentarischen Gesprächen und bei weiteren Fachveranstaltungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

MINT-Aktivitäten: Bildung stärken – Zukunft sichern

Die Bayerischen Chemieverbände verfolgen einen klaren bildungspolitischen MINT-Kompass: Entlang der gesamten Bildungskette geht es darum, Interesse an MINT-Fächern zu wecken, Unterrichtsqualität zu stärken und tragfähige Bildungsstrukturen zu fördern. Viele dieser Impulse werden durch den Fonds der Chemischen Industrie (FCI) ermöglicht. Ziel ist es, die Unterrichtsqualität zu steigern, Bildungsübergänge zu erleichtern und die naturwissenschaftliche Basis für Innovationsfähigkeit und Fachkräftesicherung nachhaltig zu stärken.

»UNSER MINT-KOMPASS: BREITES INTERESSE AN NATURWISSENSCHAFTEN STÄRKEN!«

Ein Schwerpunkt liegt auf der Qualifizierung von Lehrkräften: Fortbildungen, Kongresse und Unterrichtsangebote erreichen jährlich rund 500 Lehrkräfte – aktuelle didaktische Ansätze und moderne Konzepte gelangen so flächendeckend direkt in die Klassenzimmer.

Bereits in der Grundschule setzt die seit vielen Jahren erfolgreiche „Chemiekiste“ an: Praxisnahe Experimente wecken früh Interesse an Naturwissenschaften und helfen, dieses nachhaltig zu festigen.

Zudem wurden neue Formate zur Weiterentwicklung des MINT-Unterrichts etabliert, darunter eine Experimentierbox für Familien sowie das Projekt „Chemie analog und digital“, das klassische Experimente mit digitalen Anwendungen verbindet. Wettbewerbe und Schülertage runden das MINT-Portfolio ab.

Das Chemienetzwerk: Fachverbände in Bayern

Historisch- und z.T. satzungsbedingt haben einzelne VCI-Fachverbände eigene Regionalstrukturen aufgebaut, die durch die VCI-Landesverbände organisatorisch begleitet werden. Dazu zählen in Bayern die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL) und der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI).

Beim VdL Bayern gab es im Berichtszeitraum einen personellen Wechsel: Nach fast 40 Jahren Verbandsengagement ist Rolf Dürschmidt ausgeschieden. Die Bezirksgruppe wird nun unter dem Vorsitz von Markus Fritzsche gemeinsam mit dem neu gewählten Vorstand weitergeführt.



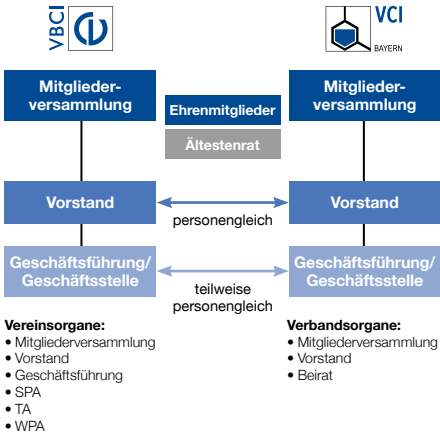
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

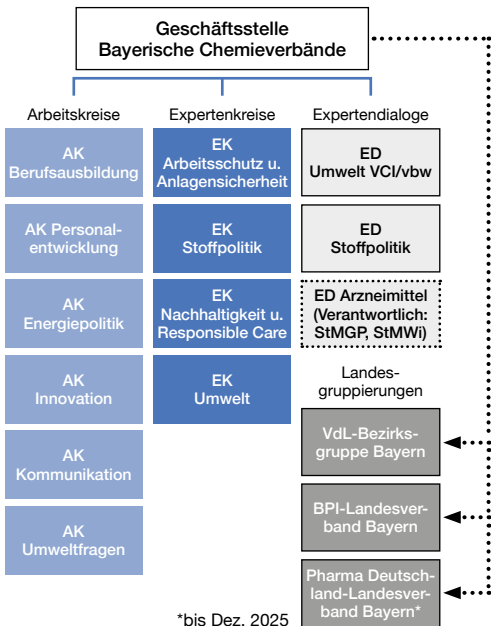
Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



*bis Dez. 2025

Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss

Der TA ist das **zentrale Gremium** rund um die **Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Energiepolitik

Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Kommunikation

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Personalentwicklung

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Innovation

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss

„**Master-Gremium**“ zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Forum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons-Learned-Austausch, Expertenforum ExSchutz, Neues im Arbeitsschutz, etc.)

EK Umwelt

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagene Genehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care

Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Stoffpolitik

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge¹⁾:

ED Umwelt VCI/vbw

Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting“ bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern

BPI-Landesverband Bayern



U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie zur Positionierung der Branche, insbesondere gegenüber der bayerischen Politik und Verwaltung.

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München	Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Dr. Markus Born, München	Andreas Niedermaier, Trostberg
Johannes Heckmann, Schwandorf	Dr. Sebastian Posch, Burghausen
Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Dr. Johannes Huber, Obernburg	Paul Wiggemann, Penzberg
Dr. Mathias Kranz, Pullach	

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Johannes Heckmann, Schwandorf (Vorsitzender)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Mathias Kranz, Pullach
Dr. Markus Born, München	Bernd Lautenschläger, Ellzee
Dr. Christian Hartel, München	Andreas Niedermaier, Trostberg
Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Dr. Johannes Huber, Obernburg	Paul Wiggemann, Penzberg
Klaus Kamhuber, Trostberg	

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Klaus Angermaier, Burghausen (Vorsitzender)

Maria Arruda, Seefeld	Michael Lüth, Fürth
Michael Birzer, Schwandorf	Andreas Marksteiner, Waldkraiburg
Ulrich Born, Bruckmühl	Dr. Maximilian Peter, München (bis Dez. 2025)
Cédric Duchemin, Geretsried	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Uwe Fritz, Burghausen (bis März 2026)	Christina Pliml, Burgkirchen
Franz von Galen, Unterschleißheim	Eva-Maria Renner, Burgkirchen
Ramona Gerhartz, Ismaning	Jasmin Riethmeier, Neustadt-Schwaig
Michael Grimbs, Pullach	Sven Spieler, Penzberg
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Philipp Wimmer, Burghausen (bis Juni 2026)
Hannes Kauper, Nürnberg	Julia Wonner, Gersthofen
Bernd Lautenschläger, Ellzee	Franz Zacherl, Neustadt

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Thomas Schnell, München
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Arne Schulle, Unterschleißheim
Michael Freutsmiedl, Burghausen	Raphael Siegle, Neu-Ulm
Ed Hoozemans, Pullach	Alexander Struck, Neustadt
Dr. Christoph von Reden, Burgkirchen	Dr. Max Suter, Geretsried
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning	Steffen Wegner, Herrsching

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Christoph von Reden, Burghausen
Dr. Stefan Dick, Schrobenhausen	Dr. Arndt Schlosser, Nürnberg
Dr. Michael Freutsmiedl, Burghausen	Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Markus Fritzsche, Essenbach	Dr. Thomas Schnell, München
Manfred Hoffmann, Neuburg	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Michael Hüllik, Putzbrunn	Dr. Max Suter Geretsried
Oliver Kirst, München	

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Peter Kurz, Fürth	Dr. Peter Umfug, München
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Walter Vogg, Holzkirchen
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Richard Stubenvoll, Burghausen
Energiepolitik	Stefan Henn, Burghausen
Innovation	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation	Dr. Cordula Weiß, München
Personalentwicklung	Christian Meyer, Burghausen
Umweltfragen	Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Oliver Kirst, München

Pharma Deutschland e.V., Landesverband Bayern (bis Dez. 2025)

Vorsitz: Susanne Lamminger, Holzkirchen (Juli bis Dez. 2025)

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg (bis Mai 2026)

Markus Fritzsche, Essenbach (ab Mai 2026)

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Markus Born

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Roland Appel	Ass. jur. Alexandra Bechstein
Ass. jur. Peter Färthaler	Ass. jur. Carolin Dorfner (ab Jan. 2026)
Ass. jur. Philipp Hausch (stellv. ab Feb. 2026)	Franziska Kindlein
Ass. jur. Andrea Klein (stellv. ab Feb. 2026)	Ass. jur. Jana Kraus
Ass. jur. Stefan Mößner (bis Jan. 2026)	Ass. jur. Safak Sari
	Ass. jur. Kristina Schneider (bis März 2026)
Geschäftsführer (VCI-LV):	Kwam Walton
Dr. Roland Appel	Ass. jur. Suna Yalcin (ab Jan. 2026)
Dr. Cordula Weiß (stellv. ab Feb. 2026)	

Wirtschaftliche Lage

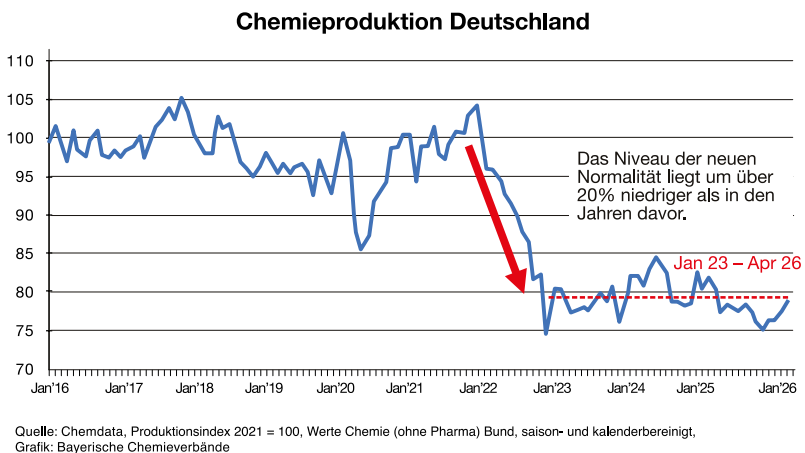
"New Normal"
statt Aufschwung.



Die drittgrösste deutsche
Industriebranche verharrt
im Konsolidierungskurs bei
anhaltenden Abwärtsrisiken.

Wirtschaftliche Lage

Die chemische Industrie in Deutschland litt auch 2025 unter der schwachen Konjunktur und anhaltendem Wettbewerbsdruck. Der Umsatz sank im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 %. Die Auftragslage verschlechterte sich weiter und ging um 5,7 % zurück, während die Produktion um 3,0 % gedrosselt wurde. Ein Blick etwas weiter zurück zeigt, dass die Chemieproduktion bereits nach der Finanzkrise weitgehend seitwärts verlief. Nach 2021 folgte dann jedoch ein massiver Einbruch: Innerhalb eines Jahres sank die Produktion um über 20 % und bewegte sich seither bis April 2026 mit leichten Schwankungen auf diesem deutlich niedrigeren Niveau. Dieses Produktionsniveau hat sich inzwischen – auf dem Stand der frühen 1990er Jahre – als vorerst neue Normalität verfestigt.



» DIE DEUTSCHE CHEMIE IST WEITERHIN IN SCHIEFLAGE.«

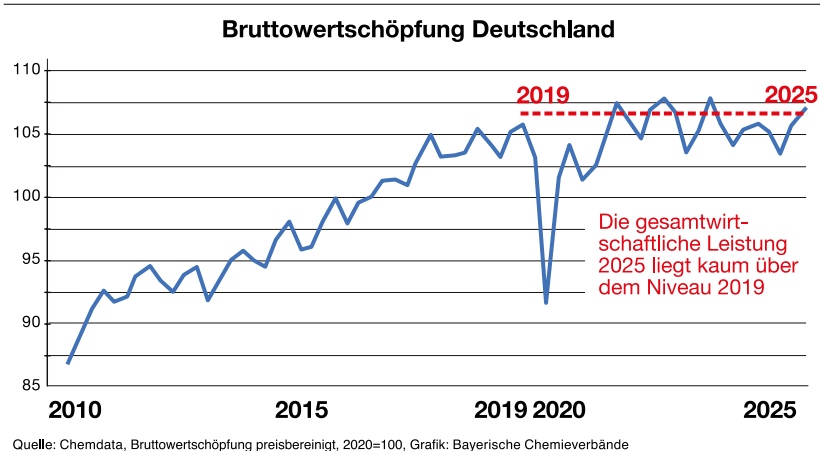
Die pharmazeutische Industrie entwickelte sich dagegen dynamischer: Der Umsatz legte 2025 auf Bundesebene um 4,6 % zu, die Auftragseingänge stiegen um 7,0 % und ebenso die Produktion um 4,3 %.

In Bayern zeigt sich 2025 ein ähnliches Bild, allerdings mit stärkeren Ausschlägen. In der Chemie lag der Umsatz mit einem Minus von 3,9 % unter dem Vorjahresniveau. Besonders deutlich fiel der Rückgang beim Auftragseingang aus (-10 %), während die Produktion um 4,4 % sank. Die pharmazeutische

Industrie konnte auch in Bayern wachsen. Das Jahr 2025 endete mit einem Umsatzplus von 5,9 %, mit einem Zuwachs beim Auftragseingang von 9,2 % und bei der Produktion von 10,8 %.

» DIE SCHWÄCHE WICHTIGER INDUSTRIEBRANCHEN SCHLÄGT AUCH GESAMTWIRTSCHAFTLICH DURCH.«

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland bleibt von der Schwäche zentraler Industriebranchen nicht unberührt. Sie konnte 2025 das Niveau von 2019 kaum übertreffen. Seit 2020 summieren sich die ausgefallenen Wirtschaftsleistungen laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft auf nahezu eine Billion Euro¹.



Die Abwärtsrisiken bleiben dazu hoch. Die Eskalation im Nahen Osten mit steigenden Energie-, Rohstoff- und Transportkosten sowie zusätzliche Belastungen durch gestörte Lieferketten könnten die wirtschaftliche Entwicklung weiter dämpfen. Selbst mit Blick auf eine Entspannung des Konfliktes wird eine Normalisierung Zeit brauchen. Vor diesem Hintergrund haben Wirtschaftsinstitute und Bundesregierung ihre Prognosen für 2026 bereits nach unten korrigiert und erwarten nur noch ein Wachstum von rund einem halben Prozent.

Der VCI erwartet ein weiteres schwieriges Jahr mit erneut sinkender Produktion im Gesamtjahr 2026. Trotz potenzieller Preissteigerungen werden die Margen unter Druck bleiben. Belastungen wie geringe Anlagenauslastungen, schwache konjunkturelle Impulse und anhaltende geopolitische Unsicherheiten machen

¹ IW-Kurzbericht 7/2026 vom 07.02.2026

eine belastbare Prognose kaum möglich. Zudem bleiben sowohl die Fortschritte als auch die Wirksamkeit bei zentralen Strukturreformen zur Stärkung des Industriestandorts allenfalls begrenzt.

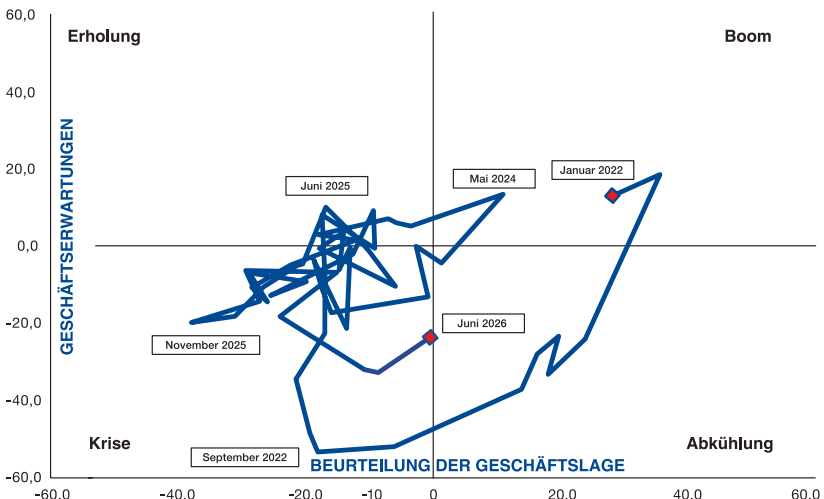
» DIE CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND STECKT IN DER KRISE FEST.«

Für 2026 bleibt insofern bislang lediglich ein Blick auf die kurzfristige Entwicklung: Hier zeigte sich zu Beginn des Jahres beim Auftragseingang immerhin ein kleiner Lichtblick. Für die Chemie in Bayern stieg das Volumen mit +3,8 % in den ersten vier Monaten (saisonbereinigt) über den Vergleichszeitraum des Vorjahres. Daraus lässt sich – nicht zuletzt mit Blick auf vorsorgliche Beschaffungsmaßnahmen infolge des Irankrieges – jedoch keinesfalls eine belastbare Prognose für eine nachhaltige Erholung ableiten. Beim Vergleich der Chemieproduktion Januar bis April zum Vorjahreszeitraum (Bund: –4,8 %, Bayern: –4,4 %) ist dementsprechend keine Trendwende erkennbar. Auch Pharma ist nach den letztjährigen Vorzieheffekten aufgrund der US-Zölle bei der Produktion im Bundestrend deutlich schwächer in das Jahr gestartet (–4,5 %).

Die ifo-Konjunkturdaten für Chemie und Pharma zeigen dementsprechend weiterhin auf Krisenmodus.

Beurteilung der Geschäftslage und -erwartungen (ifo-Konjunkturuhr)

Chemisch-pharmazeutische Industrie Deutschland



Quelle: ifo Konjunkturtest (Saldo aus positiven und negativen Antworten), Chemdata, Grafik: Bayerische Chemieverbände

STATISTISCHE VERGLEICHZAHLEN

	Chemisch-pharmazeutische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2024	2025	%	2024	2025	%
Bayern						
Gesamtumsatz	21.265.804	20.874.312	-1,8	473.653.998	485.226.547	2,4
darunter Ausland	13.402.548	13.317.812	-0,6	274.298.328	282.378.049	2,9
Beschäftigte	66.098	66.074	0,0	1.312.782	1.293.885	-1,4
Bund						
Gesamtumsatz	222.672.645	220.384.633	-1,0	2.276.813.591	2.244.516.202	-1,4
darunter Ausland	138.569.164	137.493.172	-0,8	1.153.031.167	1.148.423.958	-0,4
Beschäftigte	480.061	476.261	-0,8	6.215.663	6.086.878	-2,1

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	668.130	617.890 -7,5%	426.053	488.372 14,6%	2.531	2.555 0,9%
org. Grundstoffe und Chemikalien	2.068.608	1.794.823 -13,2%	1.354.441	1.169.002 -13,7%	3.686	3.649 -1,0%
Kunststoffe in Primärformen	5.046.777	4.618.180 -8,5%	3.510.486	3.241.499 -7,7%	14.278	14.273 0,0%
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.584.615	1.599.531 0,9%	916.360	929.252 1,4%	6.938	6.968 0,4%
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.292.553	1.370.305 6,0%	697.417	758.844 8,8%	3.002	3.102 3,3%
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.033.190	1.051.961 1,8%	475.780	483.344 1,6%	4.679	4.547 -2,8%
Chemiefasern*)	621.008	-,-	435.560	-,-	2.525	-,-
pharmazeutische Erzeugnisse¹	4.551.695	4.820.123 5,9%	2.889.986	3.127.408 8,2%	9.270	9.402 1,4%
Sonstige**)	4.399.228	5.001.499 13,7%	2.696.465	3.120.091 15,7%	19.189	21.578 12,4%

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt, Chemdata, eigene Berechnungen

* Zahlenwert 2025 nicht veröffentlicht
** 2025 aufgrund nicht veröffentlichter Daten zu Chemiefasern mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

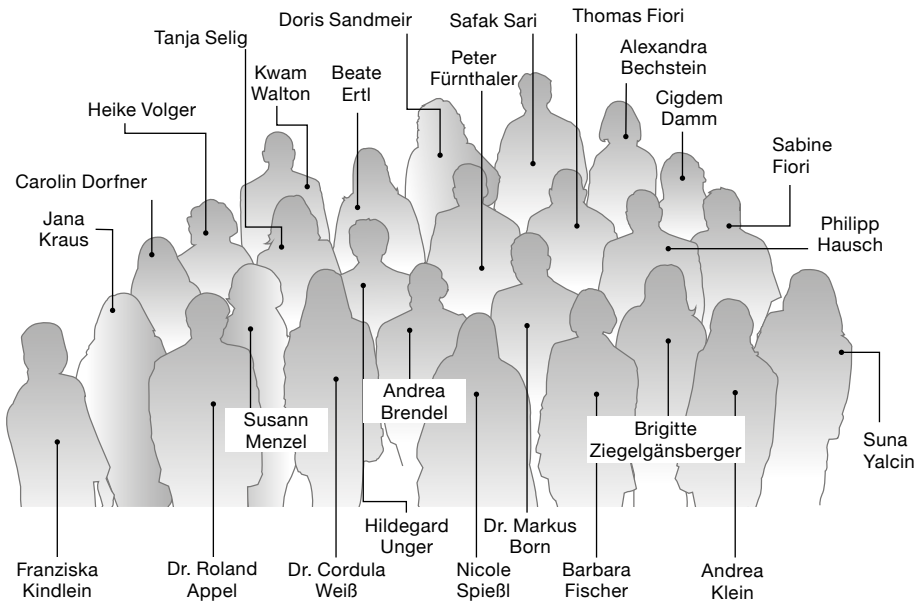
Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und Anteil am Brutto-Produktionswert Deutschland

Melde-Nr.	Chemische & pharmazeut. Erzeugnisse	2022	2023	2024	2025	Anteil
2012	Farbstoffe und Pigmente	148.793	149.473	156.307	154.436	4,5 %
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	2.475.717	1.917.695	1.621.288	1.537.347	16,6 %
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	1.887.943	1.725.180	1.786.328	1.576.677	7,2 %
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	52.072	38.825	53.146	54.503	1,3 %
2016	Kunststoffe in Primärformen	5.152.975	4.052.576	4.178.632	3.875.997	15,9 %
2020	Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	85.786	57.642	57.245	59.408	2,1 %
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.346.397	1.534.180	1.554.938	1.529.172	16,2 %
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	1.020.891	905.065	837.518	817.982	13,6 %
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	829.652	890.796	817.233	845.269	15,3 %
2052	Klebstoffe	382.202	344.855	351.916	359.516	18,8 %
2053	Etherische Öle	218.958	208.890	228.299	231.986	8,2 %
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	3.213.090	2.817.995	2.751.012	2.676.275	13,8 %
2060	Chemiefasern	756.785	576.004	501.587	486.859	36,9 %
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	244.747	197.455	193.159	156.996	6,7 %
20	Chemische Erzeugnisse	17.394.372	15.053.307	14.683.325	13.954.751	11,9 %
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	145.295	131.496	133.411	131.338	3,6 %
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	2.805.450	3.621.877	3.526.230	3.942.187	11,5 %
21'	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse¹	2.950.745	3.753.373	3.659.641	4.073.524	10,5 %
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	20.345.117	18.806.680	18.342.966	18.028.275	11,5 %

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

¹ Aufgrund ihrer starken Handelstätigkeit sind viele große pharmazeutische Unternehmen als Großhandelsunternehmen klassifiziert, Umsatz und Bruttoproduktionswert dieser Unternehmen werden daher nicht im Wirtschaftszweig 21 „Pharmazeutische Erzeugnisse“ erfasst. Eine umfassendere Betrachtung kann über einen güter- und betriebsbezogenen Ansatz erfolgen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Bayerische Chemieverbände:

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)

Verband der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)

Innstraße 15, 81679 München

Telefon: 089-92691-0

E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de

www.bayerische-chemieverbaende.de

